

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 21. Juni 2018, 19.00 Uhr, Rathausaal

Vorsitz: Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates 43
Mitglieder des Gemeinderates 7
Sigrist Thomas, Präsident Schulpflege
Frey Martin, Leiter Finanzverwaltung
Blickenstorfer Urs, Gemeindeschreiber
Wiedmer Barbara, Gemeindeschreiberin

Entschuldigt
abwesend: Bader Markus (Feuerwehralarm während Sitzung)
Camponovo Christa
Eckert Angela
Fischer Andrea
Käufeler Fabian
Knaup Adrian
Rüfenacht Jürg

Traktanden:

- 1 Protokoll der Sitzung vom 17. Mai 2018
- 2 Inpflichtnahme von Katharina Urfer, SP (anstelle der zurückgetretenen Celina Feri, SP)
- 3 Rechenschaftsbericht 2017 der Einwohnergemeinde Wettingen (2018-0054)
- 4 Verwaltungsrechnung; Rechnungsabschluss 2017 der Einwohnergemeinde (2018-0053)
- 5 Kreditabrechnung von Fr. 43'800.00 (inkl. MwSt.) für "little Wettige" an der Badenfahrt 2017 (2017-1254)
- 6 Motion Michel Roland, CVP, vom 22. Juni 2017 betreffend eMobilität Wettingen; Ablehnung und Überweisung als Postulat (2017-0683)
- 7 Postulat Chapuis François, CVP, vom 22. Juni 2017 betreffend "Aktive Siedlungspolitik, damit Wettige in Bewegung bleibt!"; Überweisung (2017-0682)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich bin dankbar, dass ich wieder bei euch sein darf und heisse euch dementsprechend ganz herzlich willkommen zur vierten Sitzung in dieser Legislatur. An der heutigen Sitzung begrüsse ich speziell unseren Finanzverwalter Martin Frey. Natürlich gilt wie immer ein spezieller Gruss an die Gäste auf der Tribüne, an unsere Medienschaffenden, die heute wieder vertreten sind und an Pol Roger Klaus, der mit einem wachsamen Auge für unsere Sicherheit sorgt.

0 Mitteilungen

0.4 Neueingänge

a) Motion Fraktion SVP vom 21. Juni 2018 betreffend Anpassung der Gemeindeordnung Art. 33 – Kompetenzerweiterung der Geschäftsprüfungskommission

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt eine Anpassung der Gemeindeordnung Art. 33 zu prüfen und diese wie folgt anzupassen:

Neu: Gemeindeordnung Art. 33

¹ Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 7 Mitgliedern und wird mehrheitlich aus der Mitte des Einwohnerrates auf 4 Jahre gewählt.

² Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist ein Kontrollorgan. Sie prüft die Tätigkeit der Gemeindebehörden und der Gemeindeangestellten. Sie prüft, ob die gesetzlichen Vorschriften und die Reglemente der Gemeinde generell richtig angewendet werden und die Einwohnerratsbeschlüsse ordnungsgemäss vollzogen worden sind. Sie prüft den Rechenschaftsbericht des Gemeinderates und befasst sich mit weiteren ihr übertragenen Aufgaben.

Begründung

Die Tätigkeit der Geschäftsprüfungskommission begrenzt sich zurzeit auf die Prüfung des Rechenschaftsberichtes und auf wenige ihr zugewiesenen Geschäfte. Die Kompetenz- bzw. Aufgabenerweiterung gibt der GPK die Möglichkeit, selbständig aktiv zu werden. Zudem macht eine handlungsfähigere GPK bei der Gemeindegrösse von Wettingen Sinn.

b) Motion Widmer Franziska und Egloff Benedikt, EVP/Forum 5430 vom 21. Juni 2018 betreffend Grünstadtlablet Schweiz

Antrag

Die Gemeinde Wettingen strebt die Zertifizierung als Grünstadt Schweiz^{1/2} an. Das Label beinhaltet objektive Massnahmen zur Messung der Qualität und des Unterhaltsstandards der Freiräume und wurde unter der Federführung der VSSG (Vereinigung der Schweizer Stadtgärtnereien und Gartenbauämter) erarbeitet.

Begründung

In ihrem Leitbild³ (S.3) hält die Gemeinde Wettingen fest, dass das über Jahre gepflegte Image als Gartenstadt relevant ist für die Wohn- und Aufenthaltsqualität und für Bevölkerung Natur und Wirtschaft einen Mehrwert darstellt. Ebenso wird ausgeführt, dass sich

das Label Gartenstadt künftig in Planungen und Projekten im Siedlungsgebiet, im Freiraum, im Naherholungsgebiet sowie Naturraum niederschlägt.

In der Planung setzt sich Wettingen gemäss Leitbild (S.8) aktiv mit der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung auseinander und strebt eine qualitative Entwicklung an, wobei der Aussenraumqualität eine höhere Bedeutung geschenkt wird. Mit der Zertifizierung als Grünstadt Schweiz werden die Absichten aus dem Leitbild untermauert und einem objektiven Schweiz weiten Massnahmenkatalog unterzogen. Zudem legitimiert die Zertifizierung das sich selbst auferlegte aber nicht offizielle Label Gartenstadt und ist damit im Sinne einer innovativen und langfristig orientierten Grünflächenpolitik das formelle Bekenntnis dazu.

Für die Bevölkerung bringt die Zertifizierung eine hohe urbane Lebensqualität – auch für ältere Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität – und gut erreichbaren Grünräumen mit sich. Sie schafft Erfahrungs- und Erlebnisraum für Kinder sowie Begegnungsorte und trägt zur psychischen und physischen Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner Wettingens bei. Im Hinblick auf die Klimaerwärmung und die zu erwartenden heiss-trockenen Sommer leisten Grünräume einen wesentlichen Beitrag zu einem angenehmeren Klima im Siedlungsraum, indem sie dessen Erhitzung entgegenwirken, respektive eine bessere nächtliche Abkühlung bewirken und zur CO₂-Reduktion beitragen.

Für das Bauamt, respektive die in Pflege und Unterhalt involvierten Angestellten der Gemeinde, bietet die Zertifizierung Zugang zu neuen Erkenntnissen und Knowhow betreffend zeitgemässen und umweltgerechten Management der Grünräume. Sie fördert den Austausch und die Vernetzung unter Fachleuten.

Die Behörde, also der Gemeinderat, erhält mit dem Label ein Qualitätsmanagementsystem mit einer Schweiz weiten einheitlichen Bewertung. Das Image Wettingens als Gartenstadt wird gestärkt und damit die Attraktivität der Gemeinde als Wohn- und Lebensraum gefestigt.

¹ <http://www.gruenstadt-schweiz.ch/de/>

² http://www.chgemeinden.ch/wAssets/docs/fachartikel/deutsch/umwelt/2016/16_03-Umwelt.pdf

³ http://www.wettingen.ch/dl.php/de/55e53e0fe3886/Leitsa136tze_und_Leitziele_2015.pdf

⁴ http://www.gruenstadt-schweiz.ch/images/MassnahmenkatalogGSS_150618_D_def.pdf

c) Postulat Fraktion GLP vom 21. Juni 2018 betreffend Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden

Antrag

Wir bitten den Gemeinderat, die Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während den Nachtstunden unter der Woche (jeweils So-Do von 01:00-05:00 Uhr) einzuführen.

Begründung

Ist-Zustand: In Wettingen brennen während der ganzen Nacht die Strassenlaternen mit voller Leuchtkapazität, während Nachbargemeinden wie z. B. Baden, Ennetbaden, Würenlos und Siggenthal die Beleuchtung zwischen 01:00-05:00 werktags abstellen.

Vision: Wettingen profitiert von den positiven Erfahrungen aus den Testläufen seiner Nachbarn (v.a. Baden) und stellt in Zukunft die Beleuchtung ebenfalls um. Damit kann Strom gespart werden und die Lichtverschmutzung gesenkt werden. Damit würden die Gemeindefinanzen, das Klima und nachtaktive Tiere (2.8. Insekten, in der Nacht ziehende Vögel etc.) geschützt. Die Erfahrungen der Nachbargemeinden zeigen, dass Bedenken betreffend Sicherheit unbegründet sind.

Technisch wäre eine Abschaltung in Wettingen sicherlich machbar. Es müssten vielleicht an verschiedenen Trafostationen geringfügige Änderungen gemacht werden. Technisch wird die Umsetzung jedoch immer einfacher, weil moderne Lampen immer öfter einzeln vom PC aus angesteuert werden können.

Aber wie steht es um die Sicherheit? Baden hat eine ganz radikale Lösung, bei der sogar die Fussgängerstreifen in der Nacht unbeleuchtet bleiben. Bisher sind aber keine der anfänglichen Sicherheitsbefürchtungen eingetreten. Die Polizei verzeichnet keine zusätzlichen Einsätze während den „dunklen Stunden“. Es gab weder nennenswerte Unfälle noch Bürgerklagen.

Der Kanton favorisiert Lösungen mit beleuchteten Kantonsstrassen oder mindestens beleuchteten Fussgängerstreifen wegen der Verkehrssicherheit. Ein allfälliges Konzept sollte daher frühestmöglich mit dem Kanton koordiniert werden.

Zusammenfassung der Erfahrungen aus Baden:

Rückmeldungen bisher: Keine. Niemand scheint sich daran zu stören. Es gibt seither auch nicht mehr Telefone bei der Polizei. Das Sicherheitsgefühl scheint nicht beeinträchtigt. Die Leute merken von der Abschaltung meist gar nichts weil die meisten dann sowieso schlafen.

Einsparungen pro Jahr: Für Baden mehrere Fr. 10'000.00. Dazu kommen die ökologischen Verbesserungen.

0.2 Rechtskraft

Die Beschlüsse der Sitzung vom 17. Mai 2018, welche dem fakultativen Referendum unterstellt waren, sind inzwischen in Rechtskraft erwachsen.

0.3 Tischaufgabe

- neue Sitzordnung
- Rechenschaftsbericht des Elektrizitätswerks Wettingen

0.4 Rücktritte

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich habe den Rücktritt von Daniel Fruttschi, SVP, bekannt zu geben und lese Ihnen sein Rücktrittsschreiben vor.

"Lieber Ratspräsident, liebe Ratsfrauen und -männer. Nach acht doch intensiven Einwohnerratsjahren gönne ich mir nun den Ruhestand und gebe mein Einwohnerratsmandat gerne in neue Hände. Ich blicke mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf diese Zeit zurück. Lachend, weil ich viele gute Gespräche im und um die Ratsarbeit erleben durfte. Die kollegiale Zusammenarbeit mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen und nicht zu vergessen mit Daniel Huser aus der früheren Exekutive, der die

Gewaltentrennung, also auch die Aufgaben zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat, noch kannte. Unvergesslich bleiben mir sicher auch die vielen manchmal sehr pointierten Voten von Leo Scherer Kleiner. Nachdenklich stimmt mich, dass trotz den von allen bürgerlichen Parteien mehrfach eingereichten Postulaten für unser Gewerbe in Wettingen kein Fortschritt erreicht wurde. Nun wünsche ich dem Einwohnerrat es möge ihm gelingen, ortspolitische Rahmenbedingungen für unser Gewerbe vorzuschlagen und der Gemeinderat möge seine Arbeit wahrnehmen und dem Rat ausgearbeitete Vorlagen unterbreiten. Auch ist es weiterhin nicht untersagt, Kreditanträge kritisch zu hinterfragen, wer Nutzen davon trägt."

Daniel Frautschi war seit dem 9. September 2010 für die SVP Wettingen im Einwohnerrat tätig. Er hatte vier Jahre Einsitz in der Finanzkommission und in der Planungskommission. Daniel Frautschi präsidierte während drei Jahren die Fraktion SVP, lancierte drei Vorstösse - eine Interpellation, eine Motion und eine kleine Anfrage. Zusätzlich ist er ein Ratsmitglied des Grossen Rats für die SVP. Er wird an der Generalversammlung der SVP speziell verabschiedet. Ein grosser Dank geht an Daniel Frautschi.

0.5 Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

1 Protokoll der Sitzung vom 17. Mai 2018

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Das Protokoll der Sitzung vom 17. Mai 2018 wird genehmigt und der Protokollführerin Barbara Wiedmer und ihrem Team verdankt.

2 Inpflichtnahme von Katharina Urfer, SP (anstelle der zurückgetretenen Celina Feri, SP)

Der Präsident nimmt

Katharina Urfer, SP (anstelle der zurückgetretenen Celina Feri, SP)

in Pflicht, heisst sie als Einwohnerrätin herzlich willkommen und wünscht ihr für die kommende Ratstätigkeit viel Erfolg und Freude.

3 Rechenschaftsbericht 2017 der Einwohnergemeinde Wettingen (2018-0054)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Kurz zum Vorgehen. Als Erstes erhält der Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK) Lutz Fischer-Lamprecht das Wort. Nachfolgend kommen die Fraktionen mit ihren Voten zu Wort und anschliessend folgt die Stellungnahme des Gemeindeammanns. Erst zuletzt gehen wir den ganzen Rechenschaftsbericht kapitelweise durch.

Auf den Rechenschaftsbericht wird eingetreten.

Fischer-Lamprecht Lutz, Präsident Geschäftsprüfungskommission: Uns liegt, wie jedes Jahr im Juni, der Rechenschaftsbericht der Gemeinde Wettingen vor. Er ist ausführlich und informativ. Ich will allen danken, die an dessen Erstellung beteiligt waren und natürlich auch denen, die gearbeitet haben, so dass es etwas zu berichten gab. Die GPK hat den Rechenschaftsbericht an ihrer Sitzung vom 2. Mai 2018 geprüft. Die Mitglieder der GPK haben im Vorfeld bei den Ressortvorstehern und den Abteilungsleitern offene

Fragen geklärt und überall speditiv und zufriedenstellende Antworten erhalten, sodass auf eine gemeinsame Sitzung mit dem Gemeinderat verzichtet werden konnte. Die GPK hat sich besonders mit zwei Themen auseinandergesetzt:

Uns beschäftigte das Thema LOVA 2. Wir liessen uns an der Sitzung vom 2. Mai 2018 von Vizeammann Markus Maibach über den Stand der Dinge informieren.

Als Zweites haben wir am 7. Juni 2018 eine Sonderprüfung bei der Regionalpolizei durchgeführt. Der Polizeichef Roland Jenni, sein Stellvertreter Michael Krassnig und der Ressortvorsteher Gemeindeammann Roland Kuster waren anwesend. Wir wurden sehr gut informiert und dokumentiert.

Wir bedanken uns bei allen, die einen Sonderaufwand betrieben haben, um unserem Informationsbedürfnis gerecht zu werden. Die GPK beantragt einstimmig, bei sechs Anwesenden, den Rechenschaftsbericht zu genehmigen.

Gähler Judith: Der Rechenschaftsbericht 2017 ist einmal mehr ein ausführliches und informatives Auskunftsmittel der Gemeinde Wettingen, das dank seinem Layout die Entwicklung der Gemeinde aufzeigt und Vergleiche über die vergangenen Jahre zulässt. Die Fraktion FDP bedankt sich bei allen Beteiligten für die grosse Arbeit.

Nichts desto trotz stellen wir die Frage in den Raum, ob der grosse Aufwand und die detaillierten und zum Teil auch langatmigen Auskünfte der Anzahl der Leserschaft gerecht werden. Würde da nicht auch die Regel gelten, dass weniger häufig mehr ist? Wir würden den Mehrwert für die Bevölkerung in und um Wettingen darin sehen, wenn der Bericht kompakter und spannender daherkommen würde, indem man zum Beispiel die Seitenzahl pro Ressort beschränken oder den Fokus auf Grafiken und Tabellen legen würde. Wir regen an, den Mut zu haben, für den Rechenschaftsbericht 2018 die alten Pfade zu verlassen und etwas Neues zu wagen.

Benz Andreas: Der Rechenschaftsbericht ist ein Spiegelbild der Gemeindetätigkeit und dient zukünftigen Generationen als Nachschlagewerk. Der Wichtigkeit des Werks wird nicht immer Rechnung getragen. Umso mehr verdienen alle daran Beteiligten unser Lob und unseren Dank. In diesem Sinne genehmigen wir von der Fraktion CVP den Rechenschaftsbericht mit bestem Dank an alle Beteiligten.

Huser Michaela: Es sind 170 Seiten, auf denen die Gemeinde Rechenschaft für das vergangene Jahr ablegt. Einmal mehr liegt uns ein sehr umfangreicher, detaillierter Rechenschaftsbericht vor. Die Ringbindung macht es der geneigten Leserin und dem geneigten Leser angenehm, sich mit den durchaus interessanten und sorgfältig ausformulierten Inhalten auseinanderzusetzen. In diesem Sinne bedankt sich auch die Fraktion SVP bei allen Mitwirkenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Uns würde es interessieren, wie viele Stunden die Verwaltung jährlich damit verbringt, diese Inhalte zusammenzutragen? Das sind wohl ziemlich viele.

Als speziellen Mehrwert sind mir persönlich dieses Jahr die neu erstellten Grafiken im Kapitel 9 Finanzen und Steuern aufgefallen. Dies mag mich angesprochen haben, weil ich eher ein Zahlen-Mensch bin und mir angewöhnt habe, mich darauf zu fokussieren. Denn die Prosa drumherum ist und darf ja auch sehr subjektiv sein. Ich fühlte mich manchmal, als würde ich einen Werbeprospekt für Wettingen studieren – Standortmarketing vom Feinsten, wenn es gelesen wird.

Aber warum geht es in einem Rechenschaftsbericht nur um die Vergangenheitsbewältigung? Könnte die wertvolle Arbeit nicht in einen Rechenschaftsbericht investiert werden, der sich zukunftsorientiert mit den anstehenden Herausforderungen auseinandersetzt und die Gemeinde Wettingen in diesem Sinne weiterbringt?

Das Fitnessprogramm LOVA 2 sollte uns weiterbringen. Diese leistungsorientierte Verwaltungsanalyse 2, kurz LOVA 2, sollte ein Fitnessprogramm sein, welches Wettingen fit für die Zukunft macht. Die Fraktion SVP vermisst im Rechenschaftsbericht einen Check up, eine Standortbestimmung bezüglich unseres Fitnessprogramms. Wo stehen wir in den verschiedenen Massnahmen? Wo müssen wir noch mehr trainieren? Wo sind wir schon super fit? Womit tun wir uns besonders schwer? Mit regelmässigen Impulsen, in variablen Intensitätsgraden und exakt dosiert, kommt der Begriff LOVA 2 im Rechenschaftsbericht wie Beruhigungstropfen für uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte daher. Die Fraktion SVP hat sich davon nicht benebeln lassen: Unser Eindruck ist, dass noch zu wenig mit den Ergebnissen dieser Analyse gearbeitet wird. Ein Fitnessprogramm in der Schublade reicht noch nicht aus für weniger Speck. Wir lassen uns jedoch gerne eines Besseren belehren und würden es vor diesem Hintergrund begrüßen, dass künftig im Rechenschaftsbericht auch über die verschiedenen Massnahmen im Rahmen der LOVA 2 Rechenschaft abgelegt wird. Sich mal kritisch mit dem Sinn und Zweck, mit dem Aufwand- und Nutzen-Verhältnis dieses Rechenschaftsberichts auseinanderzusetzen, würde ausserdem auch nicht schaden.

Heute zum offiziellen Sommeranfang mit dem Fitnessprogramm zu starten, ist zwar etwas spät, aber besser als nie!

Reinert Marie-Louise: Die Fraktion EVP/Forum 5430 hat den Rechenschaftsbericht mit grossem Interesse gelesen. Wir danken der Verwaltung, allen verbliebenen Kommissionsmitarbeitenden und allen Funktionären für ihren ausdauernden und kompetenten Einsatz im Laufe des Jahres, für ihr Fachwissen und Können und die Anwendung davon im Dienst der Gemeinde. Wir danken ausdrücklich, dass der Rechenschaftsbericht gedruckt und leserfreundlich vorliegt, besonders für diejenigen, die genau und kritisch berichten.

Ernst Manuela: Die Fraktion GLP genehmigt den Rechenschaftsbericht und bedankt sich bei Barbara Wiedmer, allen Mitwirkenden und den Mitgliedern der GPK für den Aufwand.

An der Fraktionssitzung wurde der Wunsch geäußert, dass die LOVA 2 als expliziter Einzelpunkt im nächsten Rechenschaftsbericht aufgeführt und allenfalls als Tabelle dargestellt werden soll, die Fortschritte der Massnahmen und Einsparungen aufgezeigt.

Die Zahlen im Rechenschaftsbericht 2017 zum Kehricht und der Abfuhr aus dem Strassenraum, Friedhöfen usw. lassen noch ein paar Fragezeichen offen und haben in der GPK für Gesprächsstoff gesorgt. Mir ist in den letzten Jahren aufgefallen, dass unsere Sammelstellen vermehrt als Müllhalden missbraucht werden und Abfall wild entsorgt wird. Unseren fleißigen Mitarbeitern des Werkhofs ist es zu verdanken, dass der Unrat immer schnell weggeräumt wird. An dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an den Werkhof. Die Fraktion GLP wird gerne am Thema dranbleiben und die aktuellen Zahlen mit jenen aus vorangegangenen Jahren vergleichen. Auch werden wir uns in den kommenden Monaten überlegen, wie man der illegalen Abfallentsorgung entgegenwirken kann.

Schmidmeister Lea: Danke für den ausführlichen Rechenschaftsbericht. Danke, dass ihr für unsere Gemeinde arbeitet, obwohl die Bise der LOVA 2 mittlerweile durch alle Abteilungen weht und man nur erahnen kann, was der kalte, trockene Wind für die Zu-

kunft bringt. Bevor wir in die Beratung gehen, möchte ich noch kurz einen Protokollauszug vom 23. Juni 2016 erwähnen. "Wir wünschen uns, dass der nächste Rechenschaftsbericht in einem ordentlichen PDF-Format mit einem verlinkten Inhaltsverzeichnis vorliegt." Das wünschen wir uns immer noch. Zudem wäre es auch wünschenswert, wenn die Seitenzahlen des elektronischen Berichts mit denen des Berichts in Papierform übereinstimmen würden und dass neue Ratsmitglieder den Bericht automatisch erhalten.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich verspüre eine ausgesprochene Freude, die jungen Menschen auf der Tribüne herzlich willkommen zu heissen. Schön, dass ihr da seid. Ich hoffe, ihr erlebt heute eine interessante Sitzung.

Ich glaube, ich könnte mein Votum der Einwohnerratssitzung vom Juni 2017 wieder hervorholen und habe den Eindruck erhalten, dass Teile der Fraktionsvoten auch aus dem Einwohnerratsprotokoll Juni 2017 stammen. Deswegen versuche ich, heute anders zu antworten. Der Rechenschaftsbericht legt Rechenschaft ab. Worüber? Wir zählen 430 Gemeindeangestellte, weisen eine Bilanzsumme von 364 Millionen Franken und einen Umsatz von 110 Millionen Franken aus und bilanzieren ein Eigenkapital von 209 Millionen Franken. Keine Angst, ich bin nicht im falschen Traktandum. Da nehme ich Vizeammann Markus Maibach nichts vorweg. Aber eine halbe Seite Geschriebenes pro Tag, die das gesamte Gemeindeteam im Rahmen der Rechenschaft leistet, scheint uns eine angemessene Grösse. Alle Anregungen, die in eine konstruktive Richtung gehen und Verbesserungen sowie eine freundlichere Gestaltung bringen, nehmen wir selbstverständlich gerne entgegen.

Darf ich noch eine Rückmeldung bezüglich der Präsentation und Dokumentation der LOVA 2 geben? Das ist bei uns intern natürlich ein Thema und wird auch intensiv diskutiert. Der Gemeinderat ist aber der Auffassung, und ich glaube, das ist auch in Ihrem Interesse, dass die LOVA 2 ein Thema ist, das wir Ihnen jeweils bei der Rechnungslegung, aber vor allem auch mit dem Budget intensiv präsentieren. Der Hauptprojektleiter und Gesamtprojektleiter der LOVA 2, Vizeammann Markus Maibach, äussert sich später dazu.

Ich freue mich über die positive Aufnahme des Rechenschaftsberichts und auf die Detailberatung.

Wassmer Christian: Ich habe eine Anmerkung zur Seite 21, Postulat 2017-0920, anzubringen. Andreas Benz und ich haben ein Postulat eingereicht, um die Sportler ins rechte Licht zu rücken. Es geht um die Beleuchtung in der Halle im Tägi, welche bis heute nicht ermöglicht, am Abend an internationalen Anlässen qualitativ gute Fotos oder auch, was immer wichtiger wird, Livestreams zu machen. Ich wurde damals informiert, dass dieser Posten in das Budget 2018 aufgenommen wurde. Allerdings hat es unterdessen eine pauschale Kürzung gegeben. Was genau gekürzt wurde, das weiss ich nicht. Im Tägi hat ein Wechsel zur AG stattgefunden und ich weiss nicht, ob der Geschäftsführer Kenntnis von diesem Vorstoss hat. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir diesen strategisch wichtigen Vorstoss, weil wir ja eine Sportstadt sein wollen, zeitnah behandeln könnten, um ihn irgendwo in die Pipeline einzuspeisen und er vom Gesamteinwohnerrat getragen wird. Wir haben in der Zwischenzeit in grosser Anzahl weniger strategische Vorstösse von einzelnen Ratsmitgliedern behandelt. Es würde mich sehr freuen, wenn wir bald an die Reihe kämen.

Burger Alain: Die Anzahl pender Vorstösse ist im Vergleich zum letzten Jahr kleiner geworden, was uns sehr freut. Auch die Erklärungen unter den einzelnen Vorstössen finden wir sehr gut. Ein grosses Dankeschön an den Gemeinderat.

Zwei Vorstösse möchte ich hier erwähnen, der eine von Lea Schmidmeister aus dem Jahr 2012, Nr. 2012-1653, Seite 16, der andere von mir aus dem Jahr 2015, Nr. 2015-0932, Seite 17. Bei beiden Vorstössen steht „Die Beratung im Parlament hat noch nicht stattgefunden.“ Wie ist das möglich, dass diese Vorstösse so lange beim Gemeinderat liegen bleiben?

Ich habe beim letzten Rechenschaftsbericht vor einem Jahr bereits auf meine Motion zur Einführung von überprüfbaren Legislaturzielen aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass dieses Thema noch vor Beginn der neuen Legislatur im Einwohnerrat behandelt werden soll. Der Gemeindeammann sagte, man kann es im Protokoll auch nachlesen, dass der Gemeinderat künftig früher in der Legislatur mit Leitsätzen und -zielen sowie dem Massnahmenkatalog dastehen möchte. Passiert ist nichts. Die Beratung im Rat hat bis heute, 979 Tage nach der Einreichung des Vorstosses, nicht stattgefunden. Da frage ich mich, warum ich mir überhaupt die Mühe mache, Vorstösse einzureichen, wenn sie vom Gemeinderat schlicht ignoriert werden. Ich weiss, das Klagen über die Vorstösse ist fast so alt wie die Demokratie selbst, aber es frustriert und Legislaturziele machen nur zu Beginn einer neuen Legislatur Sinn. Das Zeitfester ist jetzt wieder denkbar knapp.

Darum meine Frage an den Gemeinderat und ich erwarte eine klare Antwort: Ist der Gemeinderat bereit, die Motion zur Einführung von Legislaturzielen in der nächsten Einwohnerratssitzung im September 2018 im Rat zu behandeln?

Scherer Sylvia: Ich habe nichts zu den Vorstössen zu melden, aber ich habe eine Bemerkung zur Seite 26 anzubringen. Beim Personalbestand wird erwähnt, dass die Personalfluktuations im Durchschnitt weniger als 5% beträgt. Jedoch weisen zwei Abteilungen, nämlich die Sozialen Dienste, das wissen wir, das haben wir schon mehrmals gehört, und der Werkhof eine höhere Fluktuations aus. Dass es im Werkhof eine überdurchschnittliche Fluktuations gibt, war mir nicht bekannt. Die Begründung ist die Einstellung bzw. das Finden von Fachkräften, was ich nicht nachvollziehen kann. Ist es denn nicht so, dass der Werkhof früher immer gut besetzt war und die Fluktuations erst später kam? Hat das vielleicht andere, immaterielle Gründe wie das Arbeitsklima, die Wertschätzung oder das ganze Arbeitsumfeld? Denn wenn der Mangel an Fachkräften der Grund wäre, würde man von einer Unterbesetzung und nicht von einer Fluktuations sprechen. Eine Fluktuations verbinde ich mit einem erhöhten Wechsel bei einem stetigen Weggang von Mitarbeitern.

Schmidmeister Lea: Allgemeine Verwaltung, Seite 16. Zum Vorstoss 2012-0914 von Patrick Neuenschwander betreffend dem finanziellen Effekt durch die Einführung umfassender familienergänzender Kinderbetreuung – Das Postulat kann abgeschrieben werden. Der Krippenpool führte im 2015 mit dem Büro BASS (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien) eine Analyse durch, welche unter anderem zum Schluss kam, dass die Steuerzahlenden auf vielfältige Art und Weise von den Kindertagesstätten profitieren. Die Fraktion SP/WettiGrünen würden diese Analyse und den Bericht gerne einsehen, bevor dieser Vorstoss abgeschrieben wird. Wir haben dazu einen Antrag formuliert, welchen ich anschliessend einreichen werde.

Seite 16, Vorstoss Nr. 2012-1653, mein Postulat vom 13. Dezember 2012 für eine Bestandesaufnahme von lokalen ausserschulischen Bildungsangeboten – Das Postulat ist stehen zu lassen. 2012! Sechs Jahre sind vergangen. Ich habe hin und her überlegt, was ich im Rat sagen soll bzw. was ich euch von meinen Emotionen zumuten kann. Wenn ich ehrlich bin, habe ich sogar einen Rücktritt aus dem Einwohnerrat in Betracht gezogen, um ein klares Statement bezüglich Verschlampen von Vorstössen abzugeben. Wenn es so lange geht, bis ein Vorstoss auf die Traktandenliste genommen wird, scheint es, dass die Demokratie resp. unser Vorstossrecht mit Füßen getreten wird. Oder auch, dass

man der damals noch jungen Politikerin das Engagement vergraulen kann. Mehr sage ich in diesem Rahmen nicht. Zum Glück hat der Rat Bestrebungen in die Wege geleitet, dass die Vorstösse zeitnah angepackt werden sollen - jedoch ist es doch eine kleine Schande.

Seite 19, Vorstoss Nr. 2017-0339, Interpellation SP/WettiGrünen vom 16. Mai 2017 betreffend Zustand und Zukunft der Asylunterkünfte in Wettingen – Die Interpellation wurde noch nicht beantwortet. Ich freue mich auf eine baldige Antwort auf die Interpellation. Es betrifft in diesem Fall das Ressort Hochbau, Liegenschaften. Das meine ich etwas zynisch, damit es beantwortet wird.

Wassmer Christian: Ich habe vorher nicht realisiert, dass das Folgende, auf Seite 26, Berufsbildung, auch zum selben Kapitel gehört. Ab 2019 wird die Anzahl der gesamten Lernenden auf sechs festgelegt. Dies ist infolge einer reibungslosen Rotation in den Hauptabteilungen nötig. Ich habe versucht, herauszufinden, wie gross diese Reduktion ist. In der Verwaltung werden acht Lernende, im Werkhof eine Person ausgebildet. Ich glaube, auch im Elektrizitätswerk Wettingen (EWW) und im Tägi wird je eine Person als Kauffrau/Kaufmann ausgebildet. Das wäre ein Total von elf Lernenden. Eine Reduktion von elf auf sechs wäre beinahe eine Halbierung. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das die richtige Schlussfolgerung ist. Gestern konnten wir über den neusten Bildungsbericht in der Aargauer Zeitung lesen: Mehr Schüler, das betrifft auch Wettingen, mehr Lehrstellenbedarf, das betrifft Wettingen ebenfalls. Hat nicht gerade die Gemeindeverwaltung eine besondere Verantwortung, unseren Jugendlichen auch eine Möglichkeit zur Ausbildung zu bieten? Ist es richtig, wenn man einfach den einfachsten Weg geht oder gibt es nicht auch Möglichkeiten, die Lernenden sinnvoll einzusetzen und ihnen eine Chance zu bieten, in das Berufsleben einzusteigen? Mich würde interessieren, wie die konkrete Reduktion aussieht und ob es nicht andere Wege gibt, auch einen Beitrag zu leisten.

Reinert Marie-Louise: Ich habe noch eine kleine Bemerkung zum Vorstoss 2012-0101, Postulat Neuenschwander Patrick und Ernst Kirsten, SP, vom 19. Januar 2012 betreffend offene Turnhalle für Kinder - Das Postulat ist stehen zu lassen. Die Kinder- und Jugendkommission klärt im Rahmen des UNICEF-Labels "Kinderfreundliche Gemeinde" Möglichkeiten ab. Das Postulat wurde vor sechs Jahren eingereicht. Es kommt mir der Gedanke, diese Etikette war vielleicht etwas billiger zu haben, als eine offene Turnhalle für Kinder.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Markus Bader wurde soeben zu einem Feuerwehreinsatz gerufen. Der Rat zählt nun ein Mitglied weniger.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich versuche, einige Fragen zu beantworten und nicht bis zum Schluss zu warten.

Ich habe für das Ärgernis jedes einzelnen Einwohnerrats Verständnis, wenn sein Vorstoss noch auf der langen Bank liegt. Der Gemeinderat versucht tatsächlich, an diesen Vorstössen zu arbeiten. Das wäre ein Mittel, die Länge des Geschäftsberichts etwas zu reduzieren.

Ich komme zu den einzelnen Themen und beginne mit dem Anliegen von Alain Burger, den Legislaturzielen. Im Kalender des Gemeinderats ist morgen die Klausurtagung eingetragen. Ich verspreche Ihnen, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Verlaufe dieses Jahres, eventuell aber nicht bereits an der Septembersitzung, die messbaren Legislaturziele vorlegen und das Thema endlich vom Tisch sein wird. Das ist mir persönlich auch ein Anliegen.

Dann darf ich mich zur Beleuchtung in der Sporthalle äussern. Es ist tatsächlich so, dass wir das Thema im Moment streichen mussten, obwohl wir uns die Sportstadt als strategischen Pfeiler auf die Fahne geschrieben haben. Wir haben die Beleuchtung der Turnhalle nicht als so vorrangig beurteilt, dass die anderen Themen des Tägis deswegen stehen und fallen gelassen werden. Der Vorstoss ist beim Geschäftsführer des Tägis, Marco Baumann, der am 1. Juni 2018 zu arbeiten begonnen hat, deponiert und wird in die Überlegungen miteinbezogen, damit im Jahr 2018 noch Vorbereitungen getroffen und sicher in einer Form auch umgesetzt werden können.

Im Werkhof verzeichnen wir keine überdimensionale Personalfluktuations. Wir diskutieren über das Outsourcing des Werkhofs. So kann es durchaus sein, dass Angestellte und Stellensuchende, die sich weiterentwickeln und sich diesen Themen nicht ausliefern wollen, einen anderen Arbeitsort suchen. Dafür haben wir Verständnis. Ich betone, dass noch kein Auslagerungsentscheid gefällt wurde.

Auch in der Abteilung Soziale Dienste haben wir im Moment, mit einzelnen Ausnahmen, keine erhöhte Fluktuation und eine gewisse Ruhe erreicht. Wir arbeiten mit den vorhandenen Mitteln und Angestellten und sind der Auffassung, dass wir Schritt für Schritt vorankommen.

Ich nehme das Thema 'Lernende' auf. Die Lernenden der EWW AG sind in der Reduktion nicht integriert. Die EWW AG hat ihre eigenen Lehrpositionen und Lehrstellen und diese sind nach wie vor äusserst üppig. Das heisst, 25 % der Belegschaft sind Lernende. Bei uns in der Verwaltung mussten wir einen Systemwechsel vornehmen. Das hat aber nicht dazu geführt, dass wir grundsätzlich Lehrstellen abbauen. Wir haben die Ausbildung zum Kaufmann/Kauffrau um zwei Lehrstellen reduziert, dafür haben wir zwei Praktikanten aufgenommen, weil wir der Auffassung sind, dass es auch in der Branche öffentliche Verwaltung nötig und wichtig ist, Praktikantenstellen anzubieten. Warum haben wir das gemacht? Wir haben einen Halbjahresrhythmus eingeführt. Das heisst, die Lernenden wechseln semesterweise die Abteilungen auf der Verwaltung. Und warum das? Wir haben Hauptlehrrichtungen wie zum Beispiel das Finanzwesen oder das Kanzleiwesen, für die es nötig ist, die Lernenden durchaus ein halbes Jahr auszubilden. Damit wir mit dem übrigen Ausbildungsrythmus nicht schief liegen und kein Durcheinander erhalten, ergab sich die Überlegung, zwei Lernende durch zwei Praktikanten zu ersetzen. Die Lehrstellenanzahl bleibt in Summe die gleiche.

Zum Vorstoss 'Open Sunday': Wir werden am Sonntag, 21. Oktober 2018, ab 13.00 Uhr, mit einem Programm 'Öffnung unserer Turnhallen für die sportliche Aktivität ausserhalb der Schul- und Vereinstrainingszeiten' starten. So können wir im nächsten Rechenschaftsbericht beantragen, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wir haben zum Kapitel 0, Postulat 2012-0914, Neuenschwander Patrick vom 28. Juni 2012 betreffend finanzielle Effekte durch die Einführung umfassender familienergänzender Kinderbetreuung von Lea Schmidmeier, Fraktion SP/WettiGrünen einen Antrag erhalten. Der Antrag beinhaltet die Nichtabschreibung des Vorstosses. Die genannte Analyse vom Büro BASS (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien) soll dem Einwohnerrat zugänglich gemacht werden.

Schmidmeister Lea: Zur Klärung: Der Vorstoss soll erst dann abgeschrieben werden, wenn wir die Analyse und den Bericht, die da erwähnt sind, auch gesehen haben. Wenn wir den Bericht und die Analyse bis zur nächsten Einwohnerratssitzung erhalten werden, können wir diesen Vorstoss heute getrost abschreiben. Ich vertraue dem Gemeinderat, dass er die Unterlagen zustellt. Aber wenn die Analyse und der Bericht nicht zugänglich gemacht werden, wollen wir das Postulat so noch nicht abgeschrieben haben, weil noch kein Resultat vorliegt.

Zwischenabstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, das Postulat 2012-0914 von Patrick Neuenschwander vom 28. Juni 2012 erst abzuschreiben, wenn dem Einwohnerrat die BASS-Analyse und der Bericht zugänglich gemacht wurde, wird mit 31 Ja- : 11 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, genehmigt.

Scherer Kleiner Leo: Vielen Dank, dass ihr diesen Vorstoss von Patrick Neuenschwander nicht abgeschrieben habt. Vizeammann Markus Maibach hat uns soeben mitgeteilt, dass dieser Bericht online sei. Das veranlasst mich, nochmals zu erwähnen, wie in guter Ordnung mit Vorstössen umgegangen werden muss. Wenn ein Postulat von uns als Gesamteinwohnerrat überwiesen wird, darf der Gemeinderat nicht als einzigen Schritt im Rechenschaftsbericht sehr knapp begründet schreiben, dass es abgeschrieben werden kann, weil es erfüllt sei. Sondern er müsste einen Bericht ausarbeiten und einen Antrag stellen. In diesem Bericht könnte darauf hingewiesen werden, wo die Informationen abrufbar sind und dass der Gemeinderat der Meinung ist, dass der Vorstoss abgeschrieben werden kann. Ich verstehe nicht, warum man das nicht anlässlich einer Einwohnerratssitzung erläutert hat und weshalb man bei Vorstössen nicht formell ernsthaft und exakt vorgeht. Ist das so schwierig?

Scherer Sylvia: Kapitel 2, Bildung, Seiten 55 bis 81. Wenn ich im Rechenschaftsbericht den sehr ausführlichen Teil über unsere Bildung und unsere Schule lese, muss ich annehmen, dass in den Schulen alles einwandfrei läuft. Ich verweise auf Seite 63, auf der festgehalten ist, dass infolge einer einseitigen inhaltlichen Vertragsänderung eine Schulleiterin auf den neuen Anstellungsvertrag verzichtete und auf Seite 58, wo man lesen kann, dass die Stellvertretungskosten in der Heilpädagogischen Schule (HPS) Jahr für Jahr über Fr. 300'000.00 ausmachen. Dabei wird erwähnt, dass das Augenmerk auf die Gesundheitsprävention ausgerichtet wird. So muss ich annehmen, dass es sich bei diesen Kosten um Stellvertretungen wegen Krankheits- und/oder Unfallausfällen handelt. Dennoch bin ich sehr froh, dass man in unserem Bericht nichts über Mobbingfälle an unserer Schule liest. Das hat in unseren Nachbargemeinden Spreitenbach und Killwangen zu Problemen geführt, die noch teilweise aktuell sind. Deshalb stelle ich die Frage, ob es in unserer Schule wirklich keine Mobbingfälle gibt? Und wenn wir solche Fälle haben, wie gehen wir damit um? Steht das Kindeswohl an höchster Stelle? Auch habe ich von vielen Dolmetschern und Dolmetscherinnen gelesen, die oft für Übersetzungen eingesetzt werden mussten. Kann ich irgendwo die resultierenden Kosten nachvollziehen oder einsehen? Wie hoch sind diese Kosten?

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Ich möchte zuerst zu den zwei Punkten unter Kapitel 0, allgemeine Verwaltung, Stellung nehmen. Als Erstes erwähne ich das Postulat von Lea Schmidmeister betreffend Bestandesaufnahme von lokalen ausserschulischen Bildungsangeboten. Das Ziel ist, das Postulat noch dieses Jahr in den Rat zu bringen.

Ich nehme zu den hohen Stellvertreterkosten Stellung. Das ist in der HPS ein Problem. Die HPS-Angestellten sind nicht krankentaggeldversichert. Dadurch sind diese Kosten im Budget und in der Rechnung ausgewiesen. Solche Ausfälle müssen wir selber finanzieren. Die Finanzkommission und die Finanzverwaltung überprüfen jedes Jahr, ob sich der Abschluss einer Versicherung lohnt oder ob es günstiger ist, diese Kosten selber zu tragen.

Mobbingfälle gibt es auch in Wettingen. Diese werden von der Schulsozialarbeit aufgenommen, behandelt und in den meisten Fällen erfolgreich gelöst. Ich kann momentan nicht informieren, wie viele das genau sind. Da bin ich überfragt.

Zu den Dolmetscherkosten: Es ist wirklich so, dass diese Kosten steigen. Das kann negativ gewertet werden, indem nur die Kosten berücksichtigt werden. Aber es kann auch positiv gewertet werden, weil die Lehrer grossen Wert darauf legen, dass die Kommunikation mit den Eltern optimal ist und sie optimal informiert sind, was in der Schule passiert. Ich glaube, das ist sehr wichtig und auch zum Wohl der Kinder und schlussendlich von uns allen. Die Kosten kann ich gerne abklären und bekanntgeben.

Reinert Marie-Louise: Kapitel 3, Kultur/Freizeit, Seiten 82 bis 103. Ich will mich zu einem Hinweis auf Seite 82 und 87 über die Wegrationalisierung von Fachkompetenzen im Rahmen der LOVA 2 äussern. Die verbleibenden Mitglieder der Kulturkommission haben selbstredend das Kompetenzmass für die Aufgabe, das ist klar. Aber mehr Köpfe und mehr Augen bieten mehr. Ich meine, es können Folgen oder Folgerungen aus dieser Verkleinerung der Kulturkommission im Rechenschaftsbericht gefunden werden. Man beachte die Fotos auf Seite 125 und 126. Ich bin der Meinung, dass man in Wettingen aufpassen muss, dass man die Fachkompetenz und das Fachwissen im Rahmen der Sparmassnahmen nicht weg spart.

Schmidmeister Lea: Kapitel 5, Soziale Wohlfahrt, Seiten 105 bis 112. Ich erwähne auf Seite 112 den Punkt 5.10. Es wäre wünschenswert, wenn im Rechenschaftsbericht Asylsuchende mit N- oder F-Status separat aufgeführt werden würden. Diese bewohnen unsere Asylunterkünfte. Der Dank gilt Gemeinderat Markus Haas für die schon vorgängig versprochene Präzisierung im nächsten Rechenschaftsbericht. Vielleicht könnten auch noch weitere Details einfließen wie zum Beispiel wie viele Ausländerinnen und Ausländer mit dem Status F in einer Ausbildung sind oder einer Arbeit nachgehen. Wie viele Kinder mit F- oder N-Status wohnen in Wettingen? Wie viele Personen mit diesen Status sind bereits pensioniert? Wie viele Asylsuchende durften im Werkhof mithelfen?

Reinert Marie-Louise: Kapitel 7, Umwelt und Raumordnung. Seiten 116 bis 127. Ich habe im Eintreten auf 'leserfreundlich' und 'kritisch' akzentuiert und möchte ein Beispiel auf den Seiten 122 bis 124 erwähnen. Dort arbeitet ein Fachmann und wenn der fehlt, dann fehlt viel. In diesem Bericht des Kulturlandausschusses steht zum x-ten Mal, dass die Biotope verlanden, aber auch deutlich, dass Massnahmen nötig sind, damit sie überleben. Im Rechenschaftsbericht steht: "Es ist folglich eine politische Entscheidung, wieviel Raum man der Natur heute noch überlassen will. Gemeindeeigene Massnahmen erlauben je nach Interessen und Einsatz der Mittel Eingriffe zugunsten einer vielfältigen Natur." Aber der Kulturlandausschuss wurde aufgehoben. Dieser Abschnitt wird im Rechenschaftsbericht 2018 fehlen. Auch die überdeutlichen Bilder vom Verlanden werden fehlen. Die Hinweise auf etwas, was nötig ist, die Ausführungsbeschreibungen, die Beschreibung von Biotopinselfeln, wo Korridore für die Tiere und Vögel fehlen und die kritische Beobachtung, dass Stickstoff den Artenreichtum einer Magerwiese massiv beschränkt, werden fehlen. Qualitatives Wachstum wird heute auch auf der Traktandenliste moniert werden. Es beinhaltet Qualität und nicht nur Wachstum. Ich möchte nochmals unterstreichen, dass es Fachleute und Fachwissen braucht. Die Gemeinde soll achtsam bleiben bei Themen wie: Wann werden die Hecken geschnitten, damit brütende Vögel und der Feuersalamander nicht zu Grunde gehen?

Palit Orun: Kapitel 9, Finanzen und Steuern, Seiten 130 bis 154. Die Aussage über den Zinsbelastungsanteil auf Seite 144 stört mich. Ich zitiere: "Der sehr tiefe Zinsbelastungsanteil von aktuell 0.51 % ist auf das historisch tiefe Zinsniveau auf dem Geldmarkt zurückzuführen. Anstelle von Zinsbelastungen werden teilweise Negativzinsen (Zinsein-

nahmen) auf Verpflichtungen entrichtet." Der folgende Satz stört mich besonders: "Dieser Umstand rechtfertigt bis zu einem gewissen Grad die relativ hohe Investitionstätigkeit und damit auch die Erhöhung der Verschuldung." Es ist doch in Wirklichkeit eher so, dass man die Investitionen bereits geplant hatte (Tägi, Turnhallen, Schulen) und jetzt vom tiefen Zinsniveau profitiert. Und nicht umgekehrt, wie es zu lesen ist. Projekte wurden geplant, als das Zinsniveau höher war und keines dieser Projekte wurde aufgrund des höheren Zinsniveaus verschoben. Auf gut Deutsch heisst das, dass Wettingen grosses Glück hat, dass die Investitionsphase gerade auch mit einer Tiefzinsphase übereinstimmt. So sollte das der Bevölkerung und im Rechenschaftsbericht auch kommuniziert werden. Das ist im Bericht verfälscht. Mich interessiert, wer den Gemeinderat und die Finanzabteilung bezüglich Zinsprognosen berät.

Maibach Markus, Vizeammann: Vielen Dank für dein Feedback, Orun Palit. Nichtsdestotrotz möchte ich festhalten, dass uns diese Kapitalmarktsituation durchaus ermuntert, jetzt zu investieren. Wenn dem nicht wo wäre, würden wir etwas anderes machen, nämlich gewisse Projekte verschieben. Der Gemeinderat wird von unserer Finanzabteilung beraten. Martin Frey ist heute anwesend. Er ist ein guter Kenner des Marktes. Zudem pflegen wir zu allen Banken Kontakte und zählen dort auf Kontaktpersonen, die den Kapitalmarkt kennen. Wir nutzen insbesondere auch im Liquiditätsmanagement unser Wissen und unsere Möglichkeiten, Negativzinse von kurzfristigen Darlehen und Positivzinse für langfristige Anlagen - das Risiko müssen wir ausgleichen - optimieren zu können. Das ist ein täglicher Auftrag und wird von Fachleuten begleitet.

Reinert Marie-Louise: Auf Seite 146, Thema Steuern, ist ersichtlich, dass bei einem Drittel der Steuerpflichtigen sogenannte Rechtsinkassomassnahmen nötig sind, um das Geld einzutreiben. Das lässt mich aufhorchen. Bei der sozialen Wohlfahrt habe ich die Bemerkung gefunden, dass die freiwillige Einkommensverwaltung im Kanton Aargau nicht als eine gesetzlich angebotene Leistung der öffentlichen Hand gilt. Diese Zahlen gingen zurück. Ich empfinde das als sinnvolle Hilfe, auch wenn es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Der Zusammenhang scheint mit auf der Hand zu liegen.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rechenschaftsbericht 2017 der Einwohnergemeinde Wettingen wird genehmigt.

4 Verwaltungsrechnung; Rechnungsabschluss 2017 der Einwohnergemeinde (2018-0053)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Zur Beurteilung der Rechnung haben Sie das kompakte Buch 'Rechnung der Einwohnergemeinde' erhalten. Es beinhaltet die Erläuterungen des Gemeinderats, die Rechnung 2017 der Einwohnergemeinde und den Anhang der Jahresrechnung. Weiter haben wir den Antrag des Gemeinderats sowie die Anträge der Finanzkommission. Bevor wir in die Detailberatung starten, gebe ich Ihnen Gelegenheit, generelle Bemerkungen zur Rechnung abzugeben.

Auf den Rechnungsabschluss wird eingetreten.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Gerne informiere ich Sie über die Prüfung der Jahresrechnung 2017 durch die Fiko. Meine Ausführungen gliedern sich wie folgt:

- Informationen zum Prüfungsablauf
- Generelle Feststellungen zur Jahresrechnung
- Ausgewählte Feststellungen zur Jahresrechnung
- Feststellungen der Vertiefungsprüfung der Mehrwertsteuer
- Antrag der Fiko an den Einwohnerrat

Informationen zum Prüfungsablauf

- Die Rechnung 2017 wurde durch die Mitglieder der Fiko ressortweise geprüft. Die Ressorts wurden im Zusammenhang mit der neuen Legislatur neu verteilt.
- Zudem hat die BDO AG die Jahresrechnung 2017 allgemein und auch die Buchhaltung der Abteilung Soziale Dienste überprüft.
- Als Vertiefungsprüfung hat die Fiko das Thema «Mehrwertsteuer» der BDO AG in Auftrag gegeben.
- Sämtliche Ansprechpersonen haben sehr bereitwillig und kompetent Auskunft erteilt. Die Fiko hat den Eindruck erhalten, dass sich alle ihrer Verantwortung bewusst sind und nach bestem Wissen und Gewissen im Dienst der Gemeinde Wettingen handeln. Vielen Dank an alle Beteiligten.
- Am 14. und 15. Mai 2018 hat die Fiko die einzelnen Prüfberichte besprochen und die Feststellungen der BDO AG zur Kenntnis genommen.
- Wir haben daraus die offenen Fragen festgehalten und den Gemeinderat zur schriftlichen Stellungnahme eingeladen.
- Diese waren auch die wesentlichen Diskussionspunkte an der gemeinsamen Sitzung vom 4. Juni 2018 mit dem Gemeinderat. Seitens der Fiko wurden die Erwartungen mitgeteilt, was verbessert werden könnte und wo Handlungsbedarf besteht.
- Es konnten dabei alle Fragen behandelt werden. Es gab keine offenen Punkte mehr.
- In einer sehr konstruktiven Atmosphäre wurden die Meinungen ausgetauscht, konkrete Verbesserungsmassnahmen vereinbart und auch Erwartungen der Fiko an das kommende Budget 2019 mitgeteilt.
- Die Fiko schätzt diesen Austausch mit dem Gemeinderat sehr und dankt ihm für die offene Diskussion.

Generelle Feststellungen zur Jahresrechnung

Ich komme zu den generellen Feststellungen zur Jahresrechnung 2017. Die Fiko hat die Jahresrechnung 2017 mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis genommen und geprüft. Einerseits lachend, weil die Rechnung einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 150'000.00 ausweist. Ich erlaube mir hier den Vergleich mit dem Differenzler im Jassen, der Gemeinderat hat quasi 0 Franken angesagt und 0 Franken gemacht. Das verdient Respekt und Anerkennung. Andererseits weinend, weil diese Ansage wiederum nur dank den Sondereffekten Landverkauf und Entnahme aus den Aufwertungsreserven erreicht werden konnte. Aber immerhin, diese Sondereffekte waren angesagt. Das effektive operative Ergebnis in der Jahresrechnung 2017 ist aber noch immer negativ, nämlich minus 1.24 Mio. Franken. Und das sollte uns allen zu denken geben. Wir sind noch nicht aus dem Schneider. Wir müssen alle dranbleiben und die Fiko erwartet vom Gemeinderat konkrete Massnahmen zur Verbesserung des operativen Ergebnisses. LOVA 2 lässt grüssen.

Andererseits wieder mit einem lachenden Auge, da der Gemeinderat erreicht hat, den Mehraufwand von rund 2.6 Mio. Franken aus den beiden Bereichen Pflegefinanzierung und Sozialhilfe (jeweils + 1.3 Mio. Franken) durch gezielte Einsparungen in der Verwaltung (im Personalaufwand, aber auch im Sach- und übrigen Betriebsaufwand) und durch

Mehrerträge bei den Steuern zu kompensieren. Andererseits wieder mit einem weinenden Auge, da die Kompensationen im Steuerbereich letztlich vor allem Sondereffekten bei den Nach- und den Grundstücksgewinnsteuern zu verdanken waren. Ein lachendes Auge, weil die neu entwickelten Controlling-Instrumente gegriffen haben und tatsächlich eine Haushalts-Steuerung ermöglichten. Zu guter Letzt aber doch wieder ein weinendes Auge, da sich trotz den neu entwickelten Controlling-Instrumenten ein Übertragungsfehler aus dem Nebenbuch der Sozialen Dienste ins Hauptbuch der Gemeinde im Umfang von Fr. 237'000.00 eingeschlichen hat.

Unsere «Schwarze Null» von plus Fr. 152'000.00 wäre eigentlich eine «Rote Null» von minus Fr. 85'000.00. Auf Anfrage der Fiko beim kantonalen Gemeindeinspektorat wurde uns mitgeteilt, dass dies jedoch kein Vorbehalt bezüglich der Korrektheit der Jahresrechnung und aus dieser Feststellung keine Rückweisung angebracht sei.

Im Jahr 2017 stiegen die Nettoinvestitionen auf einen Wert von rund 19 Mio. Franken (Vorjahr rund 15 Mio. Franken). Der Selbstfinanzierungsgrad verharrt deshalb nach wie vor auf einem sehr tiefen Niveau von rund 20 % (Vorjahr 22 %) und muss immer noch als schlecht beurteilt werden. Die Investitionen in unsere Grossvorhaben sind der Grund.

Zusammenfassend kam sowohl die Fiko als auch die BDO AG zur Auffassung, dass die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Ausgewählte Feststellungen zur Jahresrechnung

Umgang mit Pauschalkürzungen im Budget:

Die Fiko musste feststellen, dass im Budget 2017 ein grundsätzlicher Fehler vorhanden war. Das Budget 2017 wurde mit verschiedenen Pauschalkürzungen versehen, obwohl bereits dazumal das Nichterreichen der Vorgaben klar erwartet werden musste. Die Fiko bezeichnet solche Massnahmen als «Window-Dressing» und erachtet ein solches Vorgehen als eigentlichen Selbstbetrug. Die Fiko fordert den Gemeinderat deshalb auf, ehrlich und korrekt zu budgetieren, dies speziell im Hinblick auf das Budget 2019. Ehrlich und korrekt heisst nicht einfach pauschal kürzen, sondern transparent und offen bestimmen, worauf verzichtet werden kann oder soll.

Spesen und Repräsentationskosten:

Die Fiko hat den Gemeinderat aufgefordert, im Bereich der Spesen und Repräsentationskosten die Transparenz zu verstärken, im Sinne einer schriftlichen Arbeitsanweisung (keine Verordnung) eine Nachweispflicht einzuführen, um eine innere, bessere Hygiene zu erreichen. Alle Beteiligten inkl. Gemeinderat sollen ausweisen, wofür sie Spesen brauchen, mit wem und wo sie die Spesen generiert haben. Der Gemeinderat hat der Fiko zugesichert, dass er dies bis 1. Januar 2019 umsetzen wird. Die Fiko hat zustimmend zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die geplante elektronische Belegserfassung und den elektronischen Belegfluss im Sinne eines Workflows mit allen entsprechenden Freigaben und Nachweisen schon weit vorangetrieben hat.

Abstimmung der Reglemente:

Die Fiko hat festgestellt, dass das Reglement der Sozialkommission hinsichtlich der Entschädigung des Ressortleiters nicht mit dem Reglement über die Entschädigung von Gemeindeammann und Gemeinderatsmitgliedern übereinstimmt. Es geht im Speziellen um die zusätzlichen Entschädigungen für den Ressortleiter und den Präsidenten der Sozialkommission. Der Gemeinderat versicherte der Fiko, dass er das alte Reglement der Sozialkommission den neuen Regelungen des Gemeinderats anpassen und die Entschädigung korrigieren wird.

LOVA 2-Massnahme Beiträge an Sportvereine:

Das ist ein wichtiges Thema hinsichtlich des Budgets 2019. Die Fiko hat festgestellt, dass die Ergebnisse dieser LOVA 2-Massnahme noch nicht vorliegen. Die Fiko erachtet diese Ergebnisse jedoch als wesentliche Grundlage für das kommende Budget. Der Gemeinderat hat der Fiko die Bereitstellung der Unterlagen für das Budget 2019 zugesichert. Das ist im Interesse des Gesamteinwohnerrats.

Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere Friedhofskunst:

Die Fiko hat festgestellt, dass die neu installierte Kunstintervention auf dem Friedhof - das neue Gemeinschaftsgrabfeld - ohne Beizug von Fachpersonen aus dem Ressort Kultur, insbesondere ohne Beizug der Kulturkommission, beschafft wurde. Die Fiko hat aber auch festgestellt, dass das Vorhaben die gesetzlichen Anforderungen des Beschaffungswesens nicht verletzt hat. Dennoch erachtet es die Fiko als wichtig und unumgänglich, dass bei solchen Vorhaben mit mehr Sensibilität vorgegangen wird und solche Entscheidungen breiter abgestützt werden. Wir haben Fachleute und sollten sie hinzuziehen.

Spitex:

Dieser Bereich wurde von der Fiko mit einem Vorstoss bespielt. Es besteht aber nach wie vor Handlungsbedarf. Der Gemeinderat stellt in Aussicht, dass im Herbst 2018 für das Budget 2019 ein Termin- und Vorgehensplan betreffend Steuerungsprozesse und Submissionsverfahren vorliegen wird. Auf die Resultate bin ich sehr gespannt.

Weinbau:

Die Fiko hat festgestellt, dass bei der gemeindeeigenen Weinbautätigkeit eine langfristige Lösung noch pendent ist. Insbesondere stellte sie die «Eigenmarke» der Einwohnergemeinde in Frage, da sie der Auffassung ist, dass selber Wein zu produzieren, zu kelteren und zu vermarkten keine hoheitliche kommunale Leistung darstellt. Der Gemeinderat stellt der Fiko in Aussicht, dass im kommenden Herbst/Winter eine Strategie erstellt und dem Einwohnerrat unterbreitet wird. Dabei wird auch die Variante der Bewirtschaftung, des Kelterns und der Vermarktung durch Dritte geprüft.

Feststellungen der Vertiefungsprüfung der Mehrwertsteuer

Das ist ein sehr komplexes und anspruchsvolles Thema und wir sind froh, dass die BDO AG die Prüfung mit eigenen Experten für die Fiko übernommen hat. Die Vertiefungsprüfung der Mehrwertsteuer durch die BDO AG ergab einzelne Empfehlungen zu Teilprozessen. Zum Beispiel ist eine Dienststelle seit 2017 zusätzlich mehrwertsteuerpflichtig.

Als spezielle Überraschung stellte sich heraus, dass das Wettiger Fäscht seit mehreren Jahren mehrwertsteuerpflichtig wäre und nicht abgerechnet wurde. Der Gemeinderat und die Wettiger Fäscht-Kommission werden die Registrierung vornehmen. Zudem ist davon auszugehen, dass die Mehrwertsteuer-Thematik korrekterweise mittels Selbstanzeige rückwirkend auf die vergangenen fünf Jahre bereinigt werden muss. Solche Fehlererkennungen, für welche niemandem ein Vorwurf gemacht wird, sind das Ergebnis von Vertiefungsprüfungen und müssen geregelt werden.

Schlussbemerkung:

Für einige neue Mitglieder der Fiko und auch für mich als neuen Präsident war dies die erste Jahresrechnungsprüfung und für einige von uns auch wegen vollzogenen Ressortwechseln Neuland. Es ist der Fiko ein grosses Anliegen, unserem Finanzverwalter Martin Frey und seinem Stellvertreter Georg Kummer sowie allen Mitarbeitenden ein grosses Dankeschön für ihre offene und sehr konstruktive Unterstützung auszusprechen. Die

Fiko dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und die stets sehr freundliche Bereitschaft, den Mitgliedern der Fiko in allen Bereichen umfassend Auskunft zu geben. Ich danke aber auch allen Fiko-Mitgliedern für ihren ausserordentlichen Einsatz, insbesondere den neuen. Ich weiss, die Arbeit eines Fiko-Mitglieds ist ein grosser Aufwand, aber es lohnt sich für unser Wettingen.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, bei sieben Anwesenden, die Verwaltungsrechnung 2017 der Einwohnergemeinde Wettingen zu genehmigen.

Bürgler Philipp: Wir von der Fraktion FDP freuen uns, dass die Rechnung leicht besser ausgefallen ist als sie budgetiert war. Obwohl die Rechnung eine schwarze oder rote Null zeigt, fällt der Blick doch schnell auf das operative Ergebnis von 1,24 Mio. Franken Defizit. Ohne Sondereffekte weist die Gemeinde Wettingen nach wie vor in der täglichen Aufgabe einen Verlust auf. Das muss angegangen werden.

Anders als in den Vorjahren ist es erfreulich, dass beim Steuerertrag zurückhaltender budgetiert und dieser mit Sondereffekten zur positiven Überraschung wurde. Das hilft, die steigenden Kosten zu decken. Bedenklich stimmt uns die sinkende Zahlungsmoral und Zahlungsfähigkeit, nicht nur bei den Steuerrechnungen.

Die Rechnung zeigt die grössten Kostenausreisser klar auf. Es sind das die Budgetüberschreitungen bei der Sozialen Sicherheit und Gesundheit mit je 1,3 Mio. Franken. Die Fraktion FDP erwartet, dass die Massnahmen der LOVA 2 im Jahr 2018 greifen und sie Ende 2019 ersichtlich werden. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er den Daumen auf die Ausgaben der Sozialen Sicherheit und Gesundheit hält und sie nach Möglichkeit positiv beeinflusst.

Die Fraktion FDP wird die Verwaltungsrechnung 2017 genehmigen.

Palit Orun: Die Fraktion GLP stimmt der Verwaltungsrechnung 2017 einstimmig zu. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Martin Frey und seinem Team für die Erstellung.

Wir wollen einige Anmerkungen anbringen. Die rote Null ist nur durch Sondereffekte zustande gekommen. Die Fraktion GLP hofft, dass es auf operativer Stufe bald eine schwarze Null zu verzeichnen gibt. Die Fraktion GLP sieht, dass den hohen Schulden auch ein Investitionswert in Form von Schulhaus- und Turnhallenbauten, der Tägi-Sanierung usw. gegenübersteht. Wir fragen uns aber, wann der Gemeinderat mit dem Aufbau eines Liquiditätspolsters beginnt und so auch an die nächste Generation denkt. Die hohe Schuldenproblematik muss in Angriff genommen werden. Deshalb sind wir auf die Einsparungen und Mehreinnahmen der LOVA 2 sehr gespannt. Wir werden sehen, ob der Gemeinderat sie ins Budget 2019 einfliessen lässt. Problematisch ist, wenn wir den Fünfer - die Investitionen und das Anbieten von Leistungen - und das Weggli - keine mögliche Steuererhöhung in Betracht ziehen - haben wollen. Insbesondere wird sich das Zinsumfeld verschlechtern und die Zinsbelastung steigen. Einige Finanzinstitute prognostizieren die ersten Zinserhöhungen ab Sommer 2019 in der Schweiz. Sind wir darauf vorbereitet?

Reinert Marie-Louise: Der Fünfer und das Weggli: Ich denke, das heisst in Bezug auf die Rechnung oder auf unsere Möglichkeiten, dass wir alles günstiger, aber alles oder möglichst viel haben wollen.

Wir sind allen Verantwortlichen sehr dankbar, wenn sie die grossen Aufgaben auch in einer angespannten Situation meistern und wir hoffen sehr, dass ihre Ausdauer nicht allzu sehr strapaziert wird. Auch hier bedankt sich die Fraktion EVP/Forum 5430 für die Sorgfalt bei der Erstellung der Rechnung. Das ist eine immense Arbeit. Die Umsicht im

Umgang mit den Steuergeldern und dem nötigen Fremdkapital ist gross. Ich staune immer wieder, wie günstig die Gemeinde das Fremdkapital einkaufen kann. Wir bedanken uns auch für die Arbeit unter eingeschränkten Ressourcen. Die Fraktion EVP/Forum 5430 ist auch gespannt auf das Budget 2019 ohne Sondereffekte.

Scherer Kleiner Leo: Auch die Fraktion SP/WettiGrünen bedankt sich natürlich, wie es sich gehört, für das Erstellen der Rechnung und die grosse Arbeit, die geleistet wurde. Mit dem Ergebnis der Rechnung, der materiellen Aussage, sind wir hingegen nicht rundum zufrieden. Ob es eine schwarze oder rote Null sei, ist täuschend. Wenn man genauer hinschaut, sieht man, dass sich das bestätigt, was wir immer wieder moniert haben. Wir ziehen für das Niveau, auf welchem wir leben bzw. für den Haushalt, die Investitionen und den laufenden Aufwand chronisch zu wenig Steuern ein. Ohne die Spezialfinanzierungen, welche sich selber tragen und in der Betrachtung weggelassen werden müssen, steht ein Aufwandüberschuss von 3,159 Mio. Franken da. Wenn der ausserordentliche Teil, der Landverkauf, vom Finanzertrag von 2,7 Mio. Franken abgezogen wird, resultiert eine Unterdeckung von 2 Mio. Franken, weil wir nicht einziehen, was es brauchen würde, um einen vorsichtigen, vernünftigen und umsichtigen Haushalt führen zu können. Wir werden im Budget 2019 unsere Strässerle wieder ausfechten müssen und ich will das jetzt schon zu bedenken geben. Die LOVA 2 wird noch etwas bewirken aber die diesjährigen Zahlen zeigen, dass beim Personalaufwand bereits Fr. 850'000.00 weniger ausgegeben wurden als budgetiert war. Beim Sachaufwand wurde ca. ein Drittel einer Million Franken weniger ausgegeben. Ich glaube, man kann nicht davon ausgehen, dass die LOVA 2 das Loch von ca. 2 Mio. Franken decken kann. Es sei denn, man ist bereit, schmerzhaftes Schnitte zu tätigen wie zum Beispiel die Vereine zu enttäuschen und ihnen keine Beiträge mehr auszuschütten, die nicht gesetzlich zwingend erforderlich sind. Werden diese Bereitschaften entstehen? Wir werden wieder über den Steuerfuss diskutieren müssen.

Benz Thomas: Es ist alles gesagt. Aber auch wir möchten, wie alle anderen auch, der Verwaltung und allen beteiligten Personen einen ernst gemeinten Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Die Rechnung schliesst wie geplant ab. Das ist das, was wir heute bewerten müssen. Im Budget 2019 werden viele Themen wieder aufgenommen werden. Wir werden die Verwaltungsrechnung 2017 genehmigen.

Huser Michaela: Die Fraktion SVP bedankt sich für die ausführlich präsentierte Rechnung und bei der Fiko für die wie immer präzise Prüfung.

Es wurde bereits viel gesagt und wir möchten an dieser Stelle auf einen Punkt fokussieren, welcher der Fraktion SVP besonders zu denken gibt. Es sind das die steigenden Ausgaben in den Ressorts Gesundheit und Soziale Sicherheit. Es ist der Fraktion SVP bewusst, dass diese Ausgaben nur sehr bedingt durch den Gemeinderat gesteuert werden können. Wir bitten den Gemeinderat trotzdem, künftig realistischer zu budgetieren, die Differenz im Sachaufwand zu kompensieren und auch entsprechende Massnahmen einzuleiten, um diesem Trend entgegenzuwirken. Da würde sich das Fitnessprogramm LOVA 2 sicherlich auszahlen, wenn man es gerade in diesen Bereichen konsequent umsetzen würde.

Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle erwähnt, dass noch ein langer, mühsamer Kurs unseres Dampfens bevorsteht, bevor wir uns auf gesunden Gemeindefinanzen ausruhen können. Heute lässt uns das Gefühl nicht los, dass wir uns im Nebel verirrt haben und der Kurs nicht klar ist. Die LOVA 2-Massnahmen werden zaghaft bis gar nicht umgesetzt und Steuerfusserhöhungen vernebelt, mit dem einzigen Ziel, jeweils Ende Jahr in der Rechnung eine schwarze Null hinzubiegen.

Ich erlaube mir an dieser Stelle, im Gegensatz zum Finanzkommissionspräsident, einen Vergleich mit dem Fussball zu machen. Solche Punktlandungen sind vergleichbar mit einer Mannschaft, die 90 Minuten schlecht Fussball spielt und in der 91. Minute noch ein Tor schießt. Ob sie dann in der nächsten Runde nochmals so viel Glück hat, ist ungewiss. Die Gemeindefinanzen haben aber wenig mit Fussball, Spiel und Spass zu tun. Der Fraktion SVP fehlt es an nachhaltigen Massnahmen, welche auf einen gesunden Finanzhaushalt hinwirken. In diesem Sinne sind wir gespannt auf den Voranschlag 2019.

Maibach Markus, Vizeammann: Ich bedanke mich für die gute, auch ambivalente Aufnahme und Bewertung der Rechnung 2017 und möchte den Dank auch der Fiko für die konstruktive Zusammenarbeit zurückgeben.

Das Jahr 2017 ist Vergangenheit. Im Jahr 2018 sind wir in der Mitte angekommen und denken schon an das Jahr 2019. Was wir hier machen, ist Vergangenheitsbewältigung. Ich möchte den Einwohnerrat daran erinnern, dass wir vor einem Jahr schon von vielen Ergebnissen, die wir heute diskutieren, Kenntnis hatten. Die vorliegende Rechnung haben wir noch nach dem alten Regime geführt. Es wurde angekündigt, dass wir ein operatives Defizit haben und mit den Aufwertungsreserven kompensieren werden. Wir haben damals auch den Unterhalt reduziert. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die damals bereits dabei waren, mögen sich erinnern. Mit der Rechnung 2016 bzw. dem Budget 2017 wurden gewisse Sachen kaschiert. Ein Jahr später wurde das Budget 2018 erstellt und versucht, das Ruder herumzureissen. Im Budget 2018 sind diverse LOVA 2-Massnahmen enthalten. Es weist verschiedene Ansätze auf, besser zu budgetieren. Wir werden in einem Jahr wissen, ob das erreicht wurde.

Lassen Sie mich kurz das Ergebnis würdigen und ich kann hier wiederholen, was ich von Ihnen gehört habe. Auch wir sind zufrieden aber nicht glücklich. Ich persönlich bin mit dem Prozess zufrieden. Ich bin zufrieden, dass wir das Controlling verbessern konnten. Gewisse Themen konnten besser antizipiert und so entsprechend frühzeitig reagiert werden. Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, was ich aus euren Voten kaum herausgehört habe. In dieser Rechnung wurde gegenüber dem Budget 2017 1,1 Mio. Franken im Bereich Personal- und Sachaufwand eingespart. Das ist lobenswert. Das ist nur indirekt auf LOVA 2 zurückzuführen. Ich werde sie später noch spezifisch erwähnen. Die Verwaltung ist durchaus in der Lage, auf das zu reagieren, was das Controlling sichtbar macht, und sich laufend zwei Fragen zu stellen. Machen wir das Richtige und machen wir es richtig? Es scheint mir wichtig, dass diese Haltung da ist. Das ist ein Teil des "Fitnessprogramms", liebe Michaela, wenn man sich diese Fragen jeden Morgen motivierend stellt.

Ich möchte mich zur Schuldenlage äussern, die Orun Palit angeschnitten hat. Wir haben Schulden von 78 Mio. Franken. Wer den Finanzplan gelesen hat, sieht, dass sich diese Schulden ungefähr verdoppeln werden, wenn wir das für letztes Jahr Angesagte weiterverfolgen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Das ist kritisch. Auf der anderen Seite haben wir 175 Mio. Franken Aufwertungsreserven. Das ist eine buchhalterische Grösse, welche eine Substanz hinter der Schuld zeigt. Diese Schuld wird vor allem dann schlimmer, wenn wie letztes Jahr ein negatives operatives Ergebnis erwirtschaftet wird. Das wollen wir nicht mehr und können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten, sonst werden diese Schulden neben unseren Investitionen noch viel grösser.

Ich möchte mich zum Kapitalsdienst und den Zinssausichten äussern. Wir haben immer noch einen guten Schuldnerstatus. Eine Zinslast in der Grössenordnung von 0,5 Prozent des Umsatzes, welche wir 'bar' bezahlen müssen, um unsere Schulden und Anleihen finanzieren zu können, sind günstig. Diese Situation wird sich jedoch kaum verbessern, sondern eher verschlechtern. Das müssen wir uns bewusst sein. Darum haben wir im

Rahmen der Tägi-Investitionen auch langfristige Anleihen getätigt. Lieber jetzt eine langfristige Anleihe anlegen als in zwei Jahren, wenn die Kapitalmärkte allenfalls kritische Grössen aufweisen bzw. turbulent werden oder die Zinsen steigen. Die langfristige Finanzierung wurde bereits sichergestellt.

Wir sind im Jahr 2018 in der Mitte angekommen und haben das Ziel, ein operativ ausgeglichenes Budget einzuhalten und die Aufwertungsreserven für die Einleitung eines Schuldenmanagements zu verwenden. Daran wollen wir uns messen und das Controlling laufend aktualisieren. Die aktuelle Situation zeigt, dass wir auf Budgetkurs sind und positive Vermeldungen, aber auch einige schwarze Wolken haben.

Die Pflegefinanzierung wurde angesprochen. Wer die Zeitung liest, weiss, dass die Gemeinden die Nebenkosten der Pflegefinanzierung übernehmen müssen, weil die Versicherungen diese nicht mehr decken. So werden den Gemeinden Gelder belastet, welche aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids hingenommen werden müssen. Wir müssen dazu eine fünfstellige Zahl veranschlagen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Einfluss des Gemeinderats insbesondere bei den Gesundheitskosten sehr klein ist und möchte alle Grossrätinnen und Grossräte dazu motivieren, auf einer anderen Ebene gegen diese Kosten zu Lasten der Gemeinden zu handeln.

Die Kosten für Sozialhilfe stellt auch immer noch eine kritische Wolke dar. Wir sind mit dem Controlling an einem guten Punkt angelangt und werden in der Lage sein, insbesondere im Hinblick auf die Budgetdiskussion, aufzuzeigen, wo etwas herausgeholt werden kann, wo Strukturen herrschen und was langfristig berücksichtigt werden muss. Wir haben in diesem Bereich neu einen kantonalen Lastenausgleich. Unsere kritischen Ausgaben im Bereich Sozialkosten werden damit zu einem Teil kompensiert.

Die positive Meldung ist, dass wir auf der Seite des Steuerertrags durchaus optimistisch gestimmt sind, dies dank einer guten aktuellen Wirtschaftslage. Ob das nächstes oder übernächstes Jahr noch so ist, wage ich nicht zu prognostizieren.

Ich möchte die LOVA 2 ansprechen, zuerst im Sinne der Kommunikation. Ich höre vom Einwohnerrat einerseits das Votum möglichst wenig, andererseits möglichst viel über die LOVA 2 zu schreiben. Wir haben der Geschäftsprüfungskommission 18 Fragen beantwortet. Die LOVA 2 ist ein Programm, aus dem wir sehr viel verwirklichen. Es laufen 22 Massnahmen, davon sind einige bereits abgeschlossen und einige haben Einfluss auf die Rechnung 2017. Viele Massnahmen sollen jetzt wirksam und/oder in Zukunft wirksam werden. Wir arbeiten an diesem Fitnessprogramm und machen diese Knochenarbeit mit eigenen Ressourcen. Wir haben keinen McKinsey im Haus, der uns leitet. Das möchte ich hier deponieren und bitte euch, das zu würdigen. Das ist nicht immer mit Spass verbunden. Das Personal macht kritische Bemerkungen zu diesem Programm und es wird versucht, mit internen Kommunikationsmassnahmen die Motivation sicherzustellen. Die Geschäftsprüfungskommission ist im Detail informiert. Die Zahlen zu den Einsparungen können nun verifiziert werden. Für die bis heute ausgeführte LOVA 2 sind die Detailzahlen für das Jahr 2017 vorhanden und die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission können die Fraktionen darüber informieren. Wir haben ca. Fr. 500'000.00, die wir den LOVA 2-Massnahmen direkt zuschreiben können. Ich habe die Ersparnis von 1,1 Mio. Franken erwähnt. Indirekt sind auch weitere Ersparnisse vorhanden und ich habe letztes Jahr erwähnt und möchte das für dieses Jahr wiederholen und es wird auch so in den Finanzplan fliessen: Das mittelfristige Ziel ist, mit LOVA in etwa 2 Mio. Franken nachhaltig zu sparen. Das ist in Relation zu stellen zu den 78 Mio. Franken Schulden. Ich bitte Sie, die Erwartungen auf diejenigen Zahlen zu richten, welche der Gemeinderat als realistisch sieht und auch kommuniziert hat.

Bezüglich Kommunikation nimmt der Gemeinderat gerne mit, dass der Einwohnerrat die Massnahmenliste sehen will, was absolut sinnvoll ist und wir auch nachvollziehen können. Wir werden das im Budget 2019 umsetzen. Insbesondere soll sichtbar werden, welche Einsparpotenziale wir erwarten. Das haben wir letztes Jahr gemacht und werden dieses Jahr die Kommunikation noch verbessern. Es bleibt bei zwei fixen Zeitpunkten, an welchen wir den Einwohnerrat über die LOVA 2 informieren. Das ist während der Rechnungsprüfung und dem Budgetprozess. Für weitere Fragen gibt es immer wieder Möglichkeiten, direkt Antworten einzuholen. Zu berücksichtigen ist, dass viele Massnahmen sehr operativ sind. Ein Beispiel ist das Vertragsmanagement. Wir müssen 300 bis 400 Verträge in einem Management archivieren bzw. dokumentieren, EDV-seitig aufbereiten. Einmal mehr - das ist Knochenarbeit und wichtig, dass es gemacht wird.

Ich komme am Schluss zum Budget 2019. Wir sind mitten im Budgetierungsprozess und das, was für das Budget 2018 gilt, gilt auch für das Budget 2019. Ein operativ ausgeglichenes Ergebnis ohne Änderung des Steuerfusses, mit Amortisation der Schulden zu Lasten der Aufwertungsreserve ist das Ziel. Zusätzlich haben wir an der letzten Budgetsitzung mit dem Postulat der CVP versprochen, in der langfristigen Finanzplanung sichtbar zu machen, wie sich die Schuldenlast entwickelt und abgebaut werden kann. Aber alle, die das HRM2 kennen und über die Rechnungsführung Bescheid wissen, wissen, dass die Schulden dann abgebaut werden können, wenn Überschüsse generiert werden. Hier befinden wir uns jetzt noch in einem kritischen Bereich. Wir hoffen, dass wir in Zukunft Luft bekommen. Wir behalten die schwarzen und weissen Wolken im Auge und werden das in der Budgetierung besser berücksichtigen, damit wir die zukunftsorientierte Finanzplanung einleiten können.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wir gelangen in die Detailberatung und gehen abschnittsweise durch. Bitte stellen Sie die Fragen dementsprechend.

Palit Orun: Bilanz Aktiven, Seite 112. Da ich ein grosser Landhockey-Fan bin, habe ich einige Fragen zur Position 14460.01, Darlehen HC Rotweiss von Fr. 550'5000.00. Wann wurde das Darlehen genehmigt? Muss das Darlehen irgendwann zurückbezahlt werden? Wurden Amortisationsverpflichtungen und Zinsen vereinbart?

Maibach Markus, Vizeammann: Wir bitten um Verständnis, dass wir heute Abend kein Faktenblatt zur Hand haben. Aber ich habe mich informieren lassen, dass es sich um ein zinsloses Darlehen handelt und wieder zurückbezahlt werden muss. Ich gehe davon aus, dass das im Kontext einer allfälligen Investition des Clubs nochmals neu diskutiert oder umgeschichtet wird.

Scherer Kleiner Leo: Es ist so, wie es Vizeammann Markus Maibach mitteilt. Ich erinnere mich an die Aussage, dass die Rückzahlung fällig wird, wenn im Rahmen einer allfälligen Neuordnung aller Sportplätze das Land für ungefähr 2 oder 3 Mio. Franken verkauft wird.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltungsrechnung 2017 der Einwohnergemeinde wird genehmigt.

5 **Kreditabrechnung von Fr. 43'800.00 (inkl. MwSt.) für "little Wettige" an der Badenfahrt 2017 (2017-1254)**

Lamprecht Kristin, Finanzkommission: Lassen Sie mich eine Bemerkung vorweg schicken. Es geht jetzt bei der Kreditabrechnung nicht um die Frage, ob "little Wettige" ein Erfolg war oder darum, ob wir für oder gegen die Unterstützung von Helferinnen und Helfern oder engagierten Wettinger Vereinen sind. Dass der Einwohnerrat dieses Engagement begrüsst, hat er mit der Genehmigung des Kredits im Jahr 2016 bereits gezeigt. Zur Diskussion bei unserem Traktandum steht, ob die Kreditabrechnung korrekt ist.

Zur Ausgangslage: In der Einwohnerratssitzung vom 14. Dezember 2016 hat der Einwohnerrat einen Kredit beschlossen, mit dem den Organisatoren des Spektakels auf der Schrottbodealp Fr. 30'000.00 für den Betrieb und eine Risikogarantie von Fr. 25'000.00 für die Bauten in Aussicht gestellt wurde. Sollte das Spektakel floppen, so sollte sichergestellt werden, dass die privaten Organisatoren das Risiko nicht alleine tragen müssen. Der Gesamtkredit beläuft sich auf Fr. 55'000.00. Wie sicher allen in Erinnerung ist, war die Badenfahrt ein grandioses Fest bei besten äusseren Bedingungen. Entsprechend hat auch die Schrottbodealp mit einem Gewinn abgeschlossen. Es wurde darum die Risikogarantie des Kredits nicht in Anspruch genommen, sodass die Kreditsumme bei Fr. 30'000.00 liegt. Dennoch hat der Gemeinderat den Organisatoren Fr. 43'800.00 ausbezahlt. Diese Summe ist durch den Kredit nicht gedeckt. Es ist eine ganz einfache Rechnung: Fr. 55'000.00 Gesamtsumme - Fr. 25'000.00 nicht in Anspruch genommene Risikogarantie = Fr. 30'000.00. Es waren nur Fr. 30'000.00, die hätten ausgegeben werden können, ohne den Kredit zu überziehen.

Der Gemeinderat legt nun eine Abrechnung vor, in der die nicht benötigte Risikogarantie für die Unterstützung des Betriebs verwendet wurde. Es entsteht so der Eindruck, als sei insgesamt eine höchstmögliche Kreditunterschreitung erzielt worden, was aber nicht dem Sachverhalt entspricht. Die Umwidmung der Gelder ist nicht sachgerecht. Zudem ist es stossend, dass durch die eigentlich auszuweisende Kreditüberschreitung um mehr als 30 % der Gewinn des Vereins, der für die Schrottbodealp verantwortlich war, um die entsprechende Summe erhöht wird. Der Einwohnerrat hat Fr. 25'000.00 als Risikogarantie genehmigt um Verluste der Organisatoren abzufedern und dazu sollten auch Steuergelder eingesetzt werden können. Mit Steuergeldern private Gewinne zu erhöhen, war kein Anliegen des Einwohnerrats.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat die Zurückweisung der vorliegenden Kreditabrechnung mit einem Stimmverhältnis von 5 : 2, bei 7 Anwesenden und die Überweisung folgenden Auftrags: Der Gemeinderat überarbeitet die Kreditabrechnung. Grundlegend ist die Auffassung, dass es sich bei den Fr. 55'000.00 nicht um eine Nettokreditsumme handelt, wie aus den Erläuterungen des Kreditantrags deutlich hervorgeht, sondern die beiden Teile Unterstützung der Mitwirkenden mit Fr. 30'000.00 und Risikogarantie mit Fr. 25'000.00 getrennt zu behandeln sind. Auf dieser Basis sind die Kreditüberschreitung und die entsprechende Finanzierung auszuweisen.

Benz Thomas: Auch wir waren uns einig, dass es ein tolles Fest und "little Wettige" ein Erfolg war. Aber auch wir waren uns einig, dass diese Kreditabrechnung nicht so ausgeführt wurde, wie wir es erwartet haben, was extrem schade für die Sache und die Beteiligten ist. Wenn man etwas zurückschaut, kam der Kreditantrag damals zu einer Unzeit - in der Dezembersitzung 2016 kurz nach dem Budget. Es war an dieser Sitzung ein nicht ganz unumstrittenes Geschäft. Dementsprechend hätte man vom Gemeinderat erwarten können, dass er mit mehr Fingerspitzengefühl für die Gesamtsituation, die damals vorherrschte, an diese Abrechnung herangeht. Ich glaube, wir waren alle der Meinung, dass wir für dieses Projekt genau Fr. 30'000.00 ausgeben und, wenn es schlecht läuft, noch Fr. 25'000.00 obendrauf als Defizitgarantie.

Da wir dieser Meinung waren, haben wir in der Fraktion intensiv diskutiert. Es war wieder einmal ein Geschäft, das für viel Gesprächsstoff gesorgt hat und ein Satz aus dem Kreditantrag zeigt deutlich auf, dass wir leider auch Unterschiedliches meinen oder glauben können. Im Antrag und Protokoll steht: "Weiter unterstützt die Gemeinde sämtliche im Projekt "little Wettige" mitwirkende Personen, Vereine und Institutionen wie folgt.." - also einerseits "sämtliche Vereine" und andererseits am Schluss "wie folgt". Zuerst zu "sämtliche". Wenn man dieses Wort deutet, heisst es eben, dass die Gemeinde sämtliche mitwirkende Vereine unterstützt und auch sämtliche Personen. Und so, wenn man alles an diesem Wort aufhängt, hat es der Gemeinderat bei der Kreditabrechnung richtig gemacht. Wenn man "wie folgt" am Schluss etwas deuten will, heisst das, dass bei den Fr. 30'000.00 sehr genau aufgezeigt wurde, wofür sie eingesetzt werden sollen. Es war eine abschliessende Auflistung und genau diese Fr. 30'000.00 hat man eingesetzt und wenn man die Priorität auf "wie folgt" setzt, kommt man zum Schluss, dass der Fiko-Antrag logisch und richtig ist.

Schlussendlich konnten wir uns in der Fraktion nicht zu einer einheitlichen Meinung durchringen. Es ist für uns aber klar, dass das Geld dem richtigen Zweck zugeführt wurde. Es wurden Wettinger Vereine und Helfer unterstützt und es hat sich wirklich niemand daran bereichert. Der ausgewiesene Gewinn liegt trotz Gemeindebeitrag in einer humanen Grössenordnung, wenn man bedenkt, was kommerzielle und gewinnorientierte Badenfahrt-Projekte einfahren konnten. Es war ein gigantischer Aufwand der Chropf-Chrötte, es war ein Projekt für Wettingen, mit welchem wir uns positionieren konnten und wir haben bei diesem Geschäft Stimmfreigabe beschlossen.

Burger Alain: Gerne erinnern wir von der Fraktion SP/WettiGrünen uns an die elfte Badenfahrt zurück. Was für ein Sommer und was für ein Fest! Herzlichen Dank an die Stadt Baden, an das OK und die rund 10'000 Helferinnen und Helfer. Ohne die unzählige Stunden Freiwilligenarbeit vor, während und nach dem Fest wäre ein solches Volksfest wie die Badenfahrt nicht möglich.

Im Einwohnerrat Wettingen hört der Klamauk auf. Die Kreditabrechnung von "little Wettige" akzeptiert die Fraktion genau so wenig. Wir sind der Meinung, dass wer öffentliche Gelder für ein Projekt beansprucht, in der Pflicht steht, alle Einnahmen und Ausgaben offenzulegen und damit Transparenz zu schaffen. Im Traktandenbericht zur Vorlage von 2016 hiess es auf Seite 3, es würde offen und transparent abgerechnet, was jetzt leider nicht der Fall ist. Wir folgen der Fiko und erwarten vom Gemeinderat eine vollständige Abrechnung des Projekts.

Noch ein letzter Punkt: Leider ging die Solidarität mit unserer Nachbarstadt im Kulturbereich seit der letzten Badenfahrt etwas verloren. Wettingen kürzte bekanntlich die Beiträge an mehrere Badener Kulturinstitutionen. Wir finden das sehr schade und fragen uns, was ein Wettinger Auftritt an der Badenfahrt genau bringt, wenn wir danach der Stadt Baden die kalte Schulter zeigen. Wo liegt hier die Strategie des Gemeinderats?

Vielleicht wäre es an der Zeit, dass die Badenfahrt-Stadt und das grosse «little Wettige» wieder ganz offen und ehrlich miteinander reden und besonders in der Kultur noch viel intensiver zusammenzuarbeiten. Hier liegt unserer Meinung nach noch ganz viel Potential drin.

Für das Wettinger Badenfahrt-Engagement folgen wir der Fiko und lehnen die Abrechnung für "little Wettige" ab. Dennoch, es war eine tolle Sache und wir freuen uns jetzt schon auf die nächste Badenfahrt.

Palit Orun: Wir von der Fraktion GLP folgen auch dem Fiko-Antrag und weisen die Kreditabrechnung mit folgenden Argumenten zurück: In der Aktenaufgabe lag keine detaillierte Abrechnung vor. Wenn Steuergelder verwendet werden, erwarten wir eine solche. Wir Einwohnerräte mussten aus der Presse erfahren, dass "little Wettige" am Schluss doch einen Gewinn auswies und zwar einen höheren als budgetiert. Deshalb ist die Meinung der GLP, dass die Risikogarantie von Fr. 25'000.00 nicht hätte angetastet werden dürfen. Garantie ist kein Betrag à fonds perdu. Gewinnbringende Projekte sollten nicht subventioniert werden. Was sendet das für Signale an andere Vereine? Man erhält von der Gemeinde Geld, wenn man Kreditanträge richtig formuliert.

Gemeinderat und Einwohnerrat müssen bei künftigen, ähnlichen Anträgen genauer auf die Formulierung achten. Und irgendwie riecht es auch etwas nach Intransparenz, was schade ist, denn die ChropfChrötten haben wie bereits erwähnt einen grossartigen Job gemacht. Wir hätten aber auch noch erwartet, dass man sehen würde, welche Vereine beteiligt waren, wie viele Vereine diese Fr. 1'000.00 an wie vielen Abenden erhalten haben. Ich bin der Meinung, das gehört einfach zur Transparenz. Ich habe es beim vorangehenden Geschäft "Rechenschaftsbericht" nicht erwähnt aber auch von meiner Seite hat es noch eine Interpellation betreffend Transparenz offen, die ein Jahr alt ist und ich hoffe, dass der Gemeinderat diese schnell bearbeiten wird.

Was mich zusätzlich etwas störte bzw. ich nicht wusste: Wir haben angenommen, dass der Gemeinderat diese Fr. 30'000.00 irgendwann überwiesen hat und dann diese Einwohnerratssitzung abwarten wird, um zu wissen, ob er die Fr. 13'800.00 auch noch überweisen kann. Aber jetzt sieht es so aus, als dass diese Fr. 43'800.00 bereits überwiesen wurden. Wenn das so wäre, fände ich das von der Reihenfolge her schon etwas komisch. Wir von der Fraktion GLP erwarten auch, dass der Gemeinderat die Abrechnung mit den ChropfChrötten nochmals ausdiskutiert und uns eine neue Kreditabrechnung zur Genehmigung vorlegt, mit einem Gemeindebeitrag von max. Fr. 30'000.00.

Widmer Franziska: Die ChropfChrötten haben an der Badenfahrt mit ihrer "Beiz" und dem Theater grosse Arbeit geleistet und wir möchten den Effort hier in keiner Weise kleinreden. Im Gegenteil, sie haben sogar so gut gewirtschaftet, dass sie die Risikogarantie von Fr. 25'000.00 nicht beanspruchen mussten. Die Entschädigung der Vereine hat aber nach unserem Verständnis nichts damit zu tun. Der Mehraufwand von Fr. 13'800.00, der durch die vielen Helfer in diesem Teilbereich entstand, entspricht deshalb einer Kreditüberschreitung. Wir von der Fraktion Forum 5430/EVP bemängeln, dass das nicht klar so kommuniziert und dargestellt wird. Die Abrechnung war beispielsweise in der Aktenaufgabe nicht einsehbar. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Fiko.

Gähler Judith: Die Freude über die tolle Badenfahrt wird bei der Fraktion FDP durch die vorliegende Kreditabrechnung etwas getrübt. Wir werden dem Antrag der Fiko zustimmen und die Kreditabrechnung zurückweisen. Nach unserem Erachten funktioniert eine Abrechnung nach einer vorgängigen Budgetierung anders. So können Risikogarantien, die für den Bau des Gastroteils gesprochen wurden, nicht wie im Traktandenbericht für unbegründete erhöhte Personalkosten aufgewendet werden. Wir erwarten einen Nachtragskredit des Gemeinderats mit klaren Begründungen. Das vorliegende Geschäft lehrt uns, dass wir bei zukünftigen Festivitäten der Gemeinde ganz genau hinsehen müssen.

Baumann Jürg: Trotz dieser grandiosen Badenfahrt bei schönem Wetter stiess diese Kreditabrechnung der Fraktion SVP auch etwas sauer auf. Wir finden vor allem stossend, dass doppelt so viele Plaketten verkauft wurden wie Leute an den Vorpremieren anwesend waren und dass man mit Steuergeldern eine private Organisation unterstützt, die auch mit Fr. 30'000.00 noch Gewinn gemacht hätte. Abgesehen davon, dass sie vom Badenfahrtkomitee nochmals eine Zahlung zu erwarten haben, glaube ich nicht, dass man diese Kreditabrechnung so durchwinken kann. Vereine unterstützen ist soweit in

Ordnung, aber Veranstaltern zu einem höheren Gewinn zu verhelfen, ist nicht Sache der Steuerzahler. Wir von der Fraktion SVP unterstützen den Antrag der Fiko.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Seit ich mich erinnern kann, stehen wir das erste Mal in einer solchen Situation und ich habe mir überlegt, ob es Sinn macht, noch etwas dazu zu sagen. Ich denke aber, die Erwartungshaltung, dass sich der Gemeinderat zu der erhaltenen Kritik äussert, steht im Raum. Wir machten uns selbstverständlich Überlegungen dazu und ich bin froh, dass ich diese kurz formulieren darf.

Von der Finanzkommission hörte ich vorher, man sei froh, dass sich so viele Leute engagiert haben. Wenn man jedoch nur die Hälfte davon sanktionieren will, ist das für mich nicht ganz der richtige Weg. Wir hatten, wie heute mehrmals gehört, ein sensationelles Fest mit einer super Präsenz und haben mit "little Wettige" einen schönen Konterpunkt gesetzt. Wir zeigten Baden nirgends und in keinsten Weise die kalte Schulter. Das möchte ich hier klar und deutlich formuliert haben. Es war ein sehr engagiertes Auftreten und im Jahr 2016 hier in diesem Saal hat man dieses Auftreten klar sanktioniert, zugegeben nach einer langen Diskussion. Und wir waren froh, dass wir eine Organisation hatten, um welche sich diverse Vereine scharten und in Baden ein so sensationeller Auftritt hingelegt werden konnte. Dieser Auftritt ist bestens gelungen.

In diesem Sinne stand im Budget auch tatsächlich, und das ist eine Interpretationsfrage und uns eine Lehre, worauf ich am Schluss nochmals zurückkomme, dass wir alle in irgendeiner Art daran Beteiligten entschädigen. Jetzt war es nun mal so, dass wir hervorragendes Wetter und ein von den ChropfChrötten perfekt organisiertes Theater produziert hatten und deshalb ergab sich der eine oder andere Mehraufwand. Ich möchte hier klar postulieren, dass niemand privat in irgendeiner Form bevorteilt wurde. Es waren Wettinger Vereine und auch hier im Raum hat es einige, die in dieser Weise daran beteiligt waren. Es war also ein Grossengagement, das Wettingen geleistet hat, vor allem auch von Vereinsseite her. Hier jetzt Strafen und eine halbe Sache zu produzieren, weist der Gemeinderat entschieden und scharf zurück.

Der Gemeinderat hat die Rechnung sehr wohl mit den ChropfChrötten besprochen und hat sie nicht auf Anhieb sanktioniert, sondern hat sie in einer ersten Phase nochmals zurück an den Absender geschickt. Wir haben intensiv diskutiert und auch Positionen gestrichen. Wir sind deshalb der Ansicht, weder eine Kompetenzüberschreitung getätigt zu haben, noch einen Nachtragskredit stellen zu müssen. Das ist und bleibt auf Kompetenzstufe des Gemeinderats. Schade, dass es nun hier einen Kollateralschaden gibt. Der Gemeinderat nimmt diese Kritik selbstverständlich entgegen. Das Parlament hat recht, wir nehmen es uns zu Herzen und ich betone nochmals, diese Fr. 13'800.00 sind für Vereine und nicht für irgendwelche privaten Organisationen. Es ist klar, wem sie zu Gute kamen, aber schlussendlich haben wir diese "Chrötte" zu schlucken. Wir müssen für die Zukunft lernen und werden in ähnlichen Situationen unmissverständliche Anträge stellen. Das ist die Lehre, die wir hieraus ziehen.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Der Gemeinderat überarbeitet die Kreditabrechnung. Grundlegend ist die Auffassung, dass es sich bei den Fr. 55'000.00 nicht um eine Nettokreditsumme handelt, wie aus den Erläuterungen des Kreditantrags deutlich hervorgeht, sondern die beiden Teile "Unterstützung der Mitwirkenden" (Fr. 30'000.00) und "Risikogarantie" (Fr. 25'000.00) getrennt zu behandeln sind. Auf dieser Basis sind die Kreditüberschreitungen und deren Finanzierungen auszuweisen.

Der Einwohnerrat stimmt dem Rückweisungsantrag der Finanzkommission mit 37 Ja- : 5 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, zu.

6 Motion Michel Roland, CVP, vom 22. Juni 2017 betreffend eMobilität Wettingen; Ablehnung und Überweisung als Postulat (2017-0683)

Michel Roland: Wir alle wollen eine attraktive Gemeinde. Ich bin überzeugt, dass niemand eine unattraktive Gemeinde will. Eine attraktive Gemeinde ist in der Regel eine Gemeinde, welche die Bedürfnisse der Bevölkerung und des Gewerbes erkennt und, wie man so schön sagt, den Zeitgeist trifft. Der Zeitgeist kann bedeuten: Für ein Vorgehen, für eine Sache, für das Produkt und für die Technologie. Doch wie merkt man, dass man überhaupt diesen Zeitgeist trifft? Dazu gibt es ein Beispiel, welches gerade sehr aktuell ist, nämlich, wenn die Medien sehr oft über ein solches Thema berichten. Das Thema eMobilität trifft den Zeitgeist und das Thema eMobilität wurde in der Aargauer Zeitung während der vergangenen zwei Wochen in jeder Ausgabe thematisiert. Man konnte über Car-Sharing mit Elektrofahrzeugen lesen, darüber, was andere Gemeinden gemacht haben, über Technologien und über die Formel E, welche in Zürich stattgefunden hat.

Ich danke dem Gemeinderat, dass er dies grundsätzlich auch so sieht und dass er mit seinem Überweisungsantrag als Postulat die Attraktivität unserer Gemeinde eigentlich steigern möchte. Schade ist natürlich, dass er das nicht als Motion behandeln will und damit keine gesetzliche Grundlage erreichen möchte.

Ich möchte an dieser Stelle der Aargauer Zeitung meinen Dank aussprechen. Wenn die Aargauer Zeitung nicht gewesen wäre, dann hätte ich nicht gewusst, was die Begründung des Gemeinderats für die Entgegennahme des Vorstosses als Postulat ist. Wir konnten die Begründung der Presse entnehmen.

Im Sinne der Sache bin ich mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden und bedanke mich, dass er meinen Vorstoss als Postulat entgegennehmen möchte.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wir haben nun zwei Abstimmungen vor uns: Umwandlung der Motion in ein Postulat und die Entgegennahme.

Scherer Kleiner Leo: Wie schon vorher muss ich auch jetzt die Rolle des Lehrers einnehmen. Herr oder Herrin über einen Vorstoss ist der oder die Vorstossende. Wenn der Motionär erklärt, dass er mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist, müssen wir nicht mehr darüber abstimmen. Wir müssen nicht darüber abstimmen, ob umgewandelt wird oder nicht, sondern dann ist es umgewandelt. Es stellt sich einfach noch die Frage, ob es keine Diskussion gibt, ausser ich würde einen Antrag auf Nichtüberweisung stellen. Oder darf ich eine kurze Diskussionsphase beantragen, bevor nachher das Geschäft abgeschlossen ist?

Roland Kuster, Gemeindeammann. Der Antrag des Gemeinderats, die Motion als Postulat zu überweisen, wurde vom Vorstösser angenommen. Es ist darüber abzustimmen, ob das Postulat überwiesen werden soll oder nicht.

Scherer Kleiner Leo: Eine Frage an den Vorstösser möchte ich stellen. Es geht mir um den Ausdruck 'Förderung' von eTankstellen und 'Förderung' bedeutet in aller Regel Subventionen - Steuergelder. Muss die Gemeinde mehr machen als einfach nur die juristischen Rahmenbedingungen herzustellen, damit eine Privatinitiative zur Erstellung von solchen eTankstellen nicht behindert wird? Oder ist gemeint, dass die Gemeinde auch in irgendeiner Art und Weise Förderungsgelder in die Finger nehmen oder fördernde Arbeiten übernehmen soll?

Ich bin grundsätzlich dagegen, dass die öffentliche Hand diese Sorte Privatmobilität fördert. Ob wir 5 Mio. Elektroautos oder 5 Mio. Diesel- und Benzinautos haben, das ist für die Kinder auf der Strasse, für die Velofahrer, für alle Verkehrsteilnehmerinnen und

-teilnehmer und für alle, die an Strassen wohnen so oder so problematisch. Wir haben sowieso zu viele Autos und warum wir das fördern sollen, will unserer Fraktion SP/WettiGrünen nicht einleuchten. Wir würden uns vorbehalten, je nach Antwort tatsächlich einen Antrag auf Nichtüberweisung zu stellen.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Leo Scherer Kleiner, du kannst gegen diese Entgegennahme einen Antrag stellen und dann wird die politische Diskussion verlangt.

Scherer Kleiner Leo: Dann stelle ich den Antrag auf Nichtüberweisung, damit diskutiert werden kann.

Scheier Ruth: Die Fraktion GLP unterstützt die Überweisung von diesem Vorstoss als Postulat, hätte ihn aber auch als Motion unterstützt. Es ist ganz klar ein Trend absehbar. Elektromobilität kommt immer mehr in Mode. Das erkennt mittlerweile auch das Aargauer Elektrizitätswerk (AEW), wie man am Dienstag erfahren konnte. Ich denke, eine Gemeinde steht positiv da, wenn sie sich dem nicht verwehrt und es politisch möglich macht.

Die Gründe für die ablehnende Haltung von Leo Scherer Kleiner verstehe ich. Ich verstehe dein Anliegen, die Mobilität nicht zu fördern. Aber es gibt zwei verschiedene Arten von Mobilität. Ich nenne sie die böse und die weniger böse Mobilität. Wenn die Infrastruktur vorhanden ist, führt das dazu, dass Mobilliker, die böse Mobilität betreiben, auf die weniger böse Mobilität umsteigen. Ist sie nicht vorhanden, wird das nicht passieren.

Frautschi Daniel: Der Postulant stellt drei Forderungen an den Gemeinderat, welche wir von der Fraktion SVP ablehnen. Für die Fraktion SVP ist es unverständlich, dass der Gemeinderat eine Verordnung zur Förderung von eMobil-Ladestationen erarbeiten und dem Einwohnerrat vorlegen soll. Zurzeit sind wir mit der LOVA 2 beschäftigt und verlangen genau das Gegenteil. Wir fordern, dass die Verwaltung von Aufgaben entschlackt werden soll, die nicht direkt zu den öffentlichen Aufgaben gehören. Wenn der Postulant wie ich mit dem Elektrizitätswerk Wettingen (EWW) das Gespräch gesucht hätte, würde er heute wissen, dass der Energieausschuss wie auch die Geschäftsleitung zurzeit keinen Bedarf sehen, diese Mobilität in den Aufgabenkatalog aufzunehmen. Das AEW hingegen hat das Thema aufgenommen und will die eMobilität in erster Linie in der Entwicklung und in beratender Funktion weiterverfolgen. Dem Postulant ist vielleicht entgangen, dass das EWW heute eine AG ist, bei welcher - nach meinem Wissen - im Vordergrund die Netzsicherheit und die Finanzen stimmen müssen. Sollte der Postulant das Postulat überweisen können, ist auch klar, dass die Gemeinde bei Aufträgen kostenpflichtig ist. Dies aus dem Grund, weil die EWW AG die geleisteten Arbeiten sicher nach Offerten verrechnen muss. Der Steuerzahler würde sich sicher nicht freuen, das Postulat so zu unterstützen.

Das Anliegen der eMobilität, bezogen auf Ladestationen, ist Zukunft, darf aber nicht von kommunalen Verordnungen und politischem Gerangel verhindert, sondern muss im freien Wettbewerb durch Besteller und dem Zahlenden gelöst werden. Im Wohnungsbau werden heute schon von Zählerkasten in die Decken der Tiefgaragen führende Leerrohre für allfällige Ladestationen verlegt. Insofern kann ich den Postulanten beruhigen, dass in der Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes im Massnahmenpaket die eMobilität berücksichtigt wird.

Bei Benzintankstellen mit integriertem Verkaufsladen wird auch nicht geschlafen. Dort sind Erweiterungen mit Installationen von eMobilladestationen, sobald Nachfrage besteht, im Köcher. Nach Meinung der Fraktion SVP ist das gewerbeförderlich. Für die Fraktion SVP muss nicht die Gemeinde eine Vorreiterrolle spielen, sondern das Gewerbe soll existieren und sich im Markt so bewegen können, dass es davon profitieren kann.

Die Fraktion SVP lehnt das Postulat, welches der Gemeinderat entgegennehmen will, ab.

Reinert Marie-Louise: Ich bin nicht überzeugt, dass der Zeitgeist ein tolles Argument ist. Ein besseres Argument sind zum Beispiel die Batterien, die in technischer, physikalischer und wirtschaftlicher Hinsicht ungünstig sind. Darum möchte ich die eMobilität lieber dem Markt überlassen und andererseits von der Politik erwarten, dass sie in Bezug auf die Regelung des Markts aufmerksam ist. Die eMobilität aktiv fördern, vor allem mit Geld, Zeit und Ressourcen der Gemeinde, möchte ich heute nicht.

Scherer Kleiner Leo: Ich möchte die Unterscheidung böse und weniger böse Mobilität noch aufgreifen. Hier kann man auch noch innerhalb der Elektromobilität von böse und weniger böse sprechen. Wenn man ein Kohlenstromauto nimmt, dann ist es unter dem Strich nicht wirklich klimafreundlich. Das erwähne ich für die Protokollaufnahme. Elektromobilität heisst nicht, alles ist gut.

Ich würde aber gerne vom Postulant noch eine Antwort hören und anschliessend vom Gemeinderat in seiner Stellungnahme erfahren, in welchem Sinne er den Auftrag, den Postulatstext, versteht. Ist mit 'Förderung' absolut ausgeschlossen, dass Geldmittel und/oder Personalmittel für Einzelprojekte eingesetzt werden bzw. versteht es auch der Gemeinderat so, dass er ausschliesslich für die Erarbeitung der allenfalls nötigen Rechtsetzung oder Reglemente zuständig ist? Das ist für mich ausschlaggebend, ob ich für eine Überweisung oder dagegen stimme.

Egloff Martin, Gemeinderat: Ich kann zur Überweisung als Postulat Stellung nehmen. Es sind uns zu strenge Vorgaben und enthält zu konkrete Standorte. Wir möchten es ausweiten, freier sein und verschiedene Standorte, zur Verfügung stellen. Es ist auch möglich, dass wir im Sinne von Leo Scherer Kleiner ein Value Pricing machen und 20 bis 30 Parkplätze der Gemeinde zur Verfügung stellen. In einem Steigerungsverfahren würden diese den Unternehmen angeboten werden, welche anschliessend auf diesen Parkplätzen ihre Installationen montieren könnten. Das ist aber mit einer Motion nicht möglich. Darum möchten wir die Motion in ein Postulat umwandeln. Es würden so auch einige Franken in die Gemeindekasse fliessen, was willkommen wäre.

Wir sind uns bewusst, dass die Elektromobilität eine zunehmend wichtige Rolle im motorisierten Individualverkehr spielen wird. Die Gemeinde ist grundsätzlich bestrebt, die Entwicklung im Bereich der Elektromobilität in geeigneter Form zu unterstützen. Auch vor Gesuchen für Baubewilligungen von privaten Ladestationen verschliesst sich der Gemeinderat nicht. Die Ladestation der ABB Immobilien AG an der Jurastrasse 46 wurde dieses Jahr bewilligt. Auch künftige Gesuche werden wohlwollend entgegengenommen. Es ist aber nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Ladestationen zu betreiben. Es gilt, die benötigte öffentliche Infrastruktur im Bedarfsfall zur Verfügung zu stellen bzw. bei der Suche nach geeigneten Standorten behilflich zu sein, jedoch ohne Kostenfolge für die Gemeinde Wettingen. Das ist unsere Haltung.

Benz Thomas: Ich will kurz meiner Verwirrung Ausdruck verleihen. Von der rechten Seite her verwehrt man sich im Individualverkehr der Zukunft. Das ist für mich nicht logisch - keine Kostengenerierung, bestenfalls noch Einnahmen. Hier muss doch die Gemeinde ein Zeichen setzen und diesen Weg unterstützen, das finde ich grotesk. Und von der linken Seite her verwehrt man sich gegenüber der Zukunft der Elektromobilität. Wenn man hinschaut, was auf der Strasse herumfährt, findet man bereits einen grossen Teil eMobilität. Das ist eine gute Sache. Ich verstehe nicht, warum dagegen gekämpft wird. Es werden Parkplätze genutzt, die bereits vorhanden sind und anstelle von Dieselfahrzeugen können Elektrofahrzeuge parkiert werden.

Burger Alain: Die Verwirrung nimmt auch von unserer Seite zu. Was ändert sich genau am Status Quo, wenn das Postulat entgegengenommen wird? Gehe ich richtig in der Annahme, dass der Gemeinderat bereits schon an der Ausführung ist und wenn das Postulat gutgeheissen wird, macht er genau so weiter. Das Postulat ändert sozusagen gar nichts? Sehe ich das richtig oder habe ich das falsch verstanden? Was ist der Effekt des Postulats? Wenn sich der Gemeinderat für eine Entgegennahme ausspricht, muss ein Effekt da sein, sonst kann es auch abgelehnt werden, wenn es nichts ändert.

Scherer Kleiner Leo: Lieber Kollege Thomas Benz. Wenn ich vor Jahrzehnten, als noch ca. 27 Benzin- und 3 Dieselaautos auf der Strasse gezählt wurden, gesagt hätte, die Gemeinde muss eine Tankstelle bauen, sonst kann das Geschäft nicht florieren, hättest du sicher geantwortet, dass das keine Aufgabe der Gemeinde ist. Ich sehe das mit der Elektromobilität und den Ladestationen im Prinzip genau gleich. Warum soll das eine Aufgabe der Gemeinde sein? Da sind wir skeptisch. Wenn die Gemeinde öffentliche Parkplätze an private Promotoren der Elektromobilität gegen Entgelt zur Verfügung stellt und Ladestationen auf deren Kosten installiert, habe ich grundsätzlich nichts einzuwenden. Das Wort 'Förderung' steht im Postulatstext und unter Förderung versteht man in aller Regel, dass Personalaufwand generiert wird und Geldmittel eingesetzt werden müssen. Sonst passiert keine Förderung. Wenn dieses Wort gestrichen würde, hätte der Text für mich eine andere Bedeutung. Die Ladeinfrastruktur 'ermöglichen und nicht behindern', wären für mich die richtigen Worte.

Baumann Jürg: Lieber Kollege Thomas Benz. Es gibt niemanden in diesem Raum, der die Elektromobilität verhindern will, aber sie muss nicht seitens der Gemeinde gefördert werden. Die Privaten müssen auf die Gemeinde zukommen und das Interesse, eine Stromtankstelle zu bauen oder einen Parkplatz zu benützen, anmelden. Gemeinderat Martin Egloff hat von der Ladestation der ABB Immobilien AG gesprochen. In Baden steht bei der ABB auch eine Ladestation, das ist meines Wissens die einzige. Wenn ein Grossverteiler wie die Coop Genossenschaft oder Migros auf ihren Parkplätzen eine e-Tankstelle anbieten will, ist das kein Problem und somit keine Aufgabe der Gemeinde und muss nicht als Förderung angesehen werden. Wenn ein Privater dahinter ein Geschäft wittert, geht er ganz sicher auf die Gemeinde zu. Dazu brauchen wir kein Postulat.

Benz Thomas: Zuerst war es eine Motion, sehr verbindlich, in der jedes Wort gilt, was es bedeutet. Jetzt wandeln wir sie um in ein Postulat und streiten über ein Wort, das vielen nicht passt. Das Postulat verpflichtet den Gemeinderat, die Eingabe anzugehen und zu entscheiden, was er mit ihr machen will. Er kann auch einen ablehnenden Antrag stellen. Wenn wir das Postulat jetzt ablehnen, ist das ein schlechtes Signal nach aussen. Das würde heissen, dass der Gemeinderat die Baugesuche ablehnen kann. Mit diesem Postulat muss sich der Gemeinderat für dieses Thema einsetzen.

Reinert Marie-Louise: Die Vorstellung, dass wir die Welt mit der Elektromobilität besser machen, ist fraglich. Wie lange genügt das Lithium für die Batterien? Ich weiss es nicht, aber ich weiss, dass nur eine beschränkte Menge dieses Elements vorhanden ist. So sehe ich es nicht als der Weisheit letzter Schluss, hier wegen des Zeitgeists eine Lösung zu finden. Es ist ja nicht die Lösung, denn wir müssen auch noch auf den Wasserstoff-Antrieb warten. Früher sagte man "für den Lehrer und den Pfarrer genügt es". Wenn aber alle Menschen Lithium brauchen, ist es sehr schnell aufgebraucht. Ich glaube, es ist nicht dringlich und wir sollten es im privaten Bereich lassen.

Gähler Judith: Die Fraktion FDP hat in der Vorbereitung dieser Sitzung das Thema diskutiert. Wir werden die Entgegennahme des Vorstosses in Form eines Postulats unterstützen, weil wir das Gefühl haben, dass das offene Türen einrennt, weil die eMobilität dem aktuellen Zeitgeist entspricht. Ob es wirklich die richtige Lösung ist, wird uns die Zukunft zeigen.

Egloff Martin, Gemeinderat: Wenn wir diese Motion entgegennehmen, dann steht hier "er fördert die Ladeinfrastruktur auf öffentlichem Grund". Und wenn der Gemeinderat die Eingabe als Postulat entgegennimmt, wird es zum Prüfauftrag. Dann kann der Gemeinderat entscheiden, in welche Richtung es gehen soll. Das ist der Grund für eine Entgegennahme dieses aktuellen Themas in Form eines Postulats.

Scherer Kleiner Leo: Wir sitzen in einem Parlament, in dem alle das Rederecht genießen. Der Gemeinderat wird mit einem Bericht und Antrag an den Einwohnerrat gelangen, in dem er sein Vorhaben festhalten wird. Das kann von nichts bis Hundert sein. Und der Normalbetrieb ist, dass laufende Baugesuche nach Recht und Gesetz, wie es schon existiert, behandelt werden.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Das Postulat Michel Roland, CVP, vom 22. Juni 2017 betreffend eMobilität Wettingen wird mit 24 Ja- : 10 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen überwiesen.

7 Postulat Chapuis François, CVP, vom 22. Juni 2017 betreffend "Aktive Siedlungspolitik, damit Wettige in Bewegung bleibt!"; Überweisung (2017-0682)

François Chapuis: Ich freue mich, dass Sie meinen Vorstoss zur aktiven Siedlungspolitik entgegennehmen wollen und erlaube mir noch zwei, drei Anmerkungen zum Postulat und meinen Gedanken zum Vorstoss.

Wie Sie vielleicht wissen, war ich selber acht Jahre in der Planungskommission tätig und durfte die Bauordnung, wie sich Wettingen entwickeln kann, mitgestalten. Dabei musste ich immer wieder feststellen, dass die Entwicklung des Siedlungsraums von Wettingen in verschiedenen Baufeldern und Quartieren blockiert oder zumindest gehemmt war. Das ist der Moment, in dem ich meine, dass es die Aufgabe der öffentlichen Hand ist, solche Deblockaden anzugehen und Unterstützung zu bieten. Gerade hier verspreche ich mir mit diesem Vorstoss mehr Handlungsfreiheit für den Gemeinderat und die Planungsbehörde, insbesondere die Planungskommission.

Standortförderung soll nicht nur das Verteilen von Werbemitteln sein, sondern viel mehr fördert man Standorte durch gute Rahmenbedingungen in der Raumplanung und Siedlungsentwicklung. Standort-Attraktivität heisst für mich attraktive Optionen und Potentiale in der Planung unserer Gemeinde Wettingen zu schaffen und zu verbessern, dies mit Anreizen, Menschen zu bewegen, etwas aus dem Boden von Wettingen herauszuholen. Für diese Aufgabe wird der Gemeinderat von der Planungskommission unterstützt. Ich erhoffe mir mehr Handlungsspielraum für die Planungsaktivitäten der Gemeinde. Die Erfahrung hat hier gezeigt, dass die öffentliche Hand mit gezielten Anreizen und innovativen Unterstützungen «Wettige in Bewegung» halten kann.

Scherer Kleiner Leo: Ich stelle im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen den Antrag auf Nichtüberweisung. Aus unserer Sicht ist der Antragstext dermassen unspezifisch, dass wir nicht wissen, was wir beschliessen oder nicht beschliessen würden. Nach meinem Verständnis liegt es jetzt schon vollständig in der Kompetenz und den politischen Möglichkeiten des Gemeinderats, genau das zu machen, was der Postulant gerne möchte. Private Eigentümer sollen animiert werden, im Gestaltungsplanverfahren mitzuwirken. Diese Rechtsgrundlagen existieren im Baugesetz, im Raumplanungsrecht, bereits seit Langem. Es braucht nichts zusätzlich. Dass die Ziele und Aufgaben der bisherigen Standortförderung zu einer Raumplanungsaufgabe umfunktioniert werden sollen, das

soll nicht das Ziel sein. Wir haben bereits Planungskredite mit Mitteln, um diese Aktivitäten, die hier gewünscht werden, zu unternehmen, falls auf der Gegenseite eine Nachfrage oder Bereitschaft besteht. Wir sehen nicht, was zusätzlich geschaffen würde, was wirklich gefehlt hätte und weiterhin blockiert geblieben wäre. Das hat sich uns nicht erschlossen und darum werden wir für eine Nichtüberweisung stimmen. Falls das Postulat entgegengenommen wird, plädieren wir für einen Eventualantrag und gleichzeitige Abschreibung.

Hiller Yvonne: Wir wollten denselben Antrag wie die Fraktion SP/WettiGrünen stellen und schliessen uns an, möchten aber doch noch unsere Argumente anbringen.

Die Fraktion GLP lehnt das Postulat ab, weil der Absicht dahinter grundsätzlich eigentlich eine gewisse Befürwortung entgegengebracht wird, wir die vorgeschlagene Massnahme aber nur als beschränkt wirkungsvoll erachten. Warum? Die Änderung der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) ist für das Jahr 2019 angesetzt und sollte Raum für solche Diskussionspunkte beinhalten. Wir begrüssen im Übrigen, wenn die BNO breit abgestützt überarbeitet und für die breite Meinung der Bevölkerung geöffnet wird. Es macht keinen Sinn, jetzt einzelne Punkte vorweg selektiv zu definieren und damit Einzelinteressen der Gesamtüberarbeitung der BNO Vorzug zu geben. Für uns ist die elementare Frage: Wie sieht Wettingen in 30 Jahren aus? Das sollten wir analysieren, diskutieren und zusammen ein Zielszenarium festlegen, nicht zuletzt im Rahmen der neuen BNO und im Sinn des verdichteten Bauens. Wir brauchen Ziele für die Gesamterscheinung der Fragen: Wo befindet sich in 30 Jahren das Zentrum? Wo sind die Einkaufsmöglichkeiten? Wo ist die Industrie? Welche Grünflächen wollen wir erhalten? Wo soll verdichtet gebaut werden? Wie sieht das Bahnhofareal aus? Welche Sharing-Economy-Flächen kommen auf uns zu? Welches Quartier und welche Zone soll welche Struktur haben? Das ist überfällig, was wir übrigens bereits im Rahmen der Tägi-Diskussion festgehalten haben, als plötzlich alle das neue Zentrum im Tägi gesehen haben. Oder wenn ein neues Schulhaus gebraucht wird, dass man nicht der Einfachheit halber auf die nächste leere Grünfläche zeigt, sondern noch andere Optionen aufzeigt. Dafür ist das Schulhaus Zehntenhof ein löbliches Paradebeispiel.

Wir stellen uns die Frage: Soll Wettingen um jeden Preis wachsen? Wie würde ein gesundes, qualitatives Wachstum aussehen? Vielleicht hat Wettingen für die vorhandene Fläche und Möglichkeiten eher schon genug Einwohner. Es ist zum Beispiel zu berücksichtigen, dass pro Person immer mehr Wohnraum in Quadratmetern nachgefragt wird und dass verdichtetes Bauen auch diesen Faktor und nicht nur zuziehende Personen abfangen muss. Es soll Teil der Überlegungen sein, wie die Lebensformen in dreissig Jahren aussehen. Es gibt andere Lebensformen, die zum Beispiel die Steuerkraft als klassische Lebensmodelle beurteilen lassen. Immer mehr Single-Haushalte, die aber nicht von klassischen Singles, sondern zum Beispiel von getrennt lebenden Partnern bewohnt werden, die kleine oder günstige Wohnungen brauchen und in der Zeit von Geschiedenen und Teilzeitarbeitenden nicht per se ein negatives Indiz für die Zahlungsmoral für uns darstellen. Es braucht definierte Strukturen. Wettingen soll eine Zielstruktur haben, an welcher sich die politischen und wirtschaftlichen Geschäfte orientieren können, eine gesunde Durchmischung der Bevölkerung und ein definierter Anteil Industrie zum Ziel hat. Das Standortmarketing soll dementsprechend im Anschluss zum Ziel haben, diese Zielstruktur und Standortqualität zu bewerben und nicht grundsätzlich Wachstum und Standortaktivität per se, um mehr Einwohner anzuziehen.

Im besten Fall, das wollen wir dem Gemeinderat und der Planungskommission nahelegen, sind die Antworten auf diese Fragen geklärt, bevor die BNO bearbeitet wird. Dann kann sich die BNO an einem langfristigen, breit abgestütztem Zielszenarium ausrichten.

Chapuis François: Ich habe das Gefühl, dass mich Leo Scherer Kleiner missverstanden hat. Genau das wollen wir nicht. Wir wollen nicht, dass die Standortförderung zur Planungshoheit wird.

Aber ich habe in den letzten acht Jahren Folgendes erlebt: Ich kenne meine Raumplanerkollegen sehr gut. Sie füllen Ordner um Ordner mit wunderbaren Fantasien. Wenn keine Transformation stattfindet, wenn kein Anreiz besteht, die Ideen tatsächlich zu vermitteln, Private dazu zu bringen, sich zusammenzuschliessen, geschieht nichts. Wenn in einem Quartier zehn fünfzigjährige Einfamilienhäuser stehen und die Eigentümer auf eine Bodenpreiserhöhung warten, dann passiert nichts. Das ist der Moment, in dem die öffentliche Hand Einfluss nehmen und die Leute begeistern und zusammenführen kann. Dieses Geld ist sehr dünn gesät. Die Planungsabteilung hat dafür sehr beschränkte finanzielle Mittel. Meine Absicht ist, diese Gelder für unsere bekannte, geliebte Standortförderung gezielt in einen Bereich zu überführen, der unsere Siedlungsentwicklung und nicht Werbeatikel fördert. Ich bin überzeugt, dass die Ideen richtig sind. Aber an der Transformation fehlt es. Wir müssen den Anreiz geben und die Transformation fördern. Das lässt uns am Boden kleben. Ob es Wachstum gibt oder was auch immer, wir müssen eine Transformation von Wettingen haben. Stillstand ist für mich ein Rückschritt. Das ist die Idee des Postulats.

Scherer Kleiner Leo: Ich glaube, ich habe dich richtig verstanden, François Chapuis. Ich bin der Auffassung, dass es immer noch völlig unspezifisch ist. Wo und wieviel von was? Eigentlich müssten wir wissen, dass es um x-mal 10'000.00 Franken, um Y Fachstunden Planungsabteilung und um Projekt I, II und III geht. Kann der Gemeinderat bei Entgegennahme des Postulats einen Bericht und Antrag stellen, mit dem wir genauen Aufschluss erhalten? Oder bleibt die Sache so allgemein und unspezifisch, wie sie jetzt ist? Wenn es bei dem bleibt, ist es ein Leerlauf.

Chapuis François: Es ist spezifisch. Auch du, Leo Scherer Kleiner, warst mit mir in der Planungskommission. Die Klosterhalbinsel Wettingen ist ein Beispiel. Da hat die Gemeinde Wettingen Fr. 15'000.00 gesprochen und hat damit Fr. 15'000.00 von der Kirchgemeinde und Fr. 30'000.00 Swisslos-Gelder ausgelöst, gesamthaft Fr. 60'000.00. Anschliessend war das Pulver verschossen. Das ist das, was ich bemängle. Wir müssen dem Gemeinderat mehr Geld geben. Die Menge kann er selber bestimmen (Budgethoheit des Gemeinderats). Ihr habt selber eine Planung in der Planungskommission. Die Entwicklungsplanung von Wettingen wird jetzt noch erarbeitet. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er sagt, wo er etwas setzen will und ich will ihm Geld geben, welches notabene einfach umparkiert wird. Es gibt nicht mehr für das Gesamte, aber die Wirkung dieser Franken an diesem Ort wird viel grösser sein als beim Werbematerial. Ich traue dem Gemeinderat zu, dass er sie richtig alloziert.

Reinert Marie-Louise: Aus diesen Voten, die gefallen sind, haben sich zwei verschiedene Ansprüche ergeben, Transformation und das Besserwissen, woher und wohin. Transformation ist ein gut verständlicher technischer Begriff. Dass Geld vom Standortmarketing wie gehabt zu etwas Wirkungsvollerem weggehen darf, diese Meinung teile ich sehr. Hingegen, dass man Transformation um ihrer selbst willen billigen will, dass geht eventuell nicht. Genauso wie das Wort ‚Entwicklung‘ zu einer Leerformel wurde - man braucht dieses Wort für alles, was eine Veränderung ist. Das sind meine Bedenken. Wir wollen eher wissen, was für ein Motor, was für Inputs transformiert werden.

Chapuis François: Die Transformation hat mit dem Vorherrschen des Angebots und der Nachfrage zu tun. Ihr wisst alle, dass der Boden und die Mieten stetig steigen. Das Angebot und die Nachfrage stimmen nicht überein. Ein Hauskauf in Wettingen kostet gigantisch viel. Die Zürcher Nachbarn erachten 2 Mio. Franken als Schnäppchen. Und das tragen wir in Wettingen mit, das tut uns weh und macht uns als Gesellschaft in Wettingen

kaputt. Eine Veränderung muss mit gezielten Massnahmen bewegt werden. Wenn wir nichts unternehmen, wird das Angebot- und Nachfragesystem noch mehr aus den Fugen geraten. Das ist die Planungshoheit des Gemeinderats und braucht mehr Handlungsfreiheit.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Gemeinderat kann mit diesem Postulat sehr gut leben und begrüsst den Vorstoss. Aus der Diskussion erkennt man, welche Ansprüche im Planungsumfeld bestehen. Ich stelle auch fest, dass an verschiedenen Orten noch Aufklärungsbedarf besteht. Es ist scheinbar in der Nomenklatur so, dass Standortförderung nicht gleich 'bewerben' ist. Standortförderung heisst, am Standort eine Situation zu schaffen, welche ein Zusammenleben in einer qualitativ guten Gesellschaft und Siedlung, mit den entsprechenden Freiräumen, die aufeinander abgestimmt sind, mit sich bringt und auch gleichzeitig mit Verkehrssituationen optimal abzustimmen. Wir schaffen Qualität – Aufenthaltsqualität. Das ist per se Standortförderung und eine Attraktivitätssteigerung. Das müssen und wollen wir zusammen erreichen. Wenn heute die Diskussion stattfindet, dass wir Standortförderung zusammen mit dem ganzen Planungsumfeld sehen, dann haben wir bereits einiges dazugewonnen.

Als Beispiel nenne ich das Bahnhofareal, in welchem wir eine extrem hohe Aufwertungschance finden, das ein qualitativ hervorragendes Aushängeschild darstellt und für das in nächster Zeit ein Mitwirkungsverfahren startet. Wenn sich die Gemeinde hier nicht engagiert und die schmalen Gelder nicht eingesetzt, alloziert und konzentriert hätte, wären wir heute nicht bei diesem Stand im Planungsprozess angelangt. Es waren nur vier oder fünf Grundeigentümer beteiligt. Im Spätherbst werden wir die gute Lösung präsentieren. Es ist keine Umwidmung, aber eine Allokation von Themen. Wir können mit den Grundeigentümern und Investitionswilligen einen Schritt weitergehen, Anreize schaffen und unsere Siedlung, mit Ihrer Mitbestimmung, entsprechend weiterentwickeln.

Scherer Kleiner Leo: Was unser Gemeindeammann als Definition der Standortförderung genannt hat, das ist die Raumplanungspflicht der Gemeinde. Diese wurde umschrieben und nicht die Standortförderung. Das rennt offene Türen ein. Der Bahnhof wurde saniert, ohne dass das nötig gewesen wäre. Der Gemeinderat kann jederzeit im normalen Budgetprozess die entsprechenden Teilbeträge, die er braucht, um solche konkreten oder planerischen Aktivitäten und/oder Animationsarbeiten zu machen, beantragen. Da ist Volumen vorhanden und wenn mehr gebraucht wird, kann der Gemeinderat mehr anfordern. Dazu braucht es keine sogenannte Standortförderung, sondern das ist die Raumplanung. Und wenn man anschliessend die Förderung anstrebt, sind wir wieder beim Punkt angelangt, den ich heute auch schon erwähnt habe. Dann geht es in Richtung Subvention. Das heisst, wenn Planungen von Privaten, die ihre privaten Grundstücke entwickeln wollen, vorhanden sind, dass die Gemeinde deren Aufwand irgendwie übernimmt oder verbilligt. Da müsste ich bei jedem einzelnen Projekt ganz genau hinsehen, was der Anteil gesteigertes, öffentliches Interesse ist, welches rechtfertigt, dass Steuergelder dafür bezahlt werden und welches der Anteil privates Interesse ist, welches zwar bewilligt wird, aber keine Steuergelder dafür fliessen werden.

Ich bin überzeugt, dass das Postulat eine Leerformel ist und werde tatsächlich für die Nichtüberweisung stimmen.

Hiller Yvonne: Wir haben vorher über verschiedene Geschäfte gesprochen, die abgeschrieben wurden. Unter Anderem 2011-1802, Postulat Brunner Beat und Egloff Martin betreffend Aufzeigen der Möglichkeiten zur Schaffung von mehr qualitativ hochwertigem Wohnraum - Ist ein Dauerauftrag und wurde abgeschrieben.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst folgenden Beschluss:

Das Postulat Chapuis François, CVP, vom 22. Juni 2017 betreffend "Aktive Siedlungspolitik, damit Wettige in Bewegung bleibt!" wird mit 19 Ja- : 18 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen überwiesen.

Schluss der Sitzung: 22:15 Uhr

Wettingen, 21. Juni 2018

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Huser Hansjörg

Gemeindeschreiberin

Barbara Wiedmer